Moskau's Generallinie der Völkerversklavung Seite 6

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 18 vom 12. Mai 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

Breshnew kommt! Ein Diktator wie Hitler!

"Die Sowjetunion von heute steht unter der Diktatur der Bourgeoisie, der Diktatur der Großbourgeoisie, der Diktatur von der Art des deutschen Faschismus, der Diktatur von der Art Hitlers." (Mao Tse-Tung)

Wie konnte es geschehen, dass die Sowjetunion, das Land der grossen sozialistischen Oktoberrevolution, das Land, das unter Lenin und Stalin für die Arbeiter der ganzen Welt das Bollwerk der Weltrevolution darstellte, heute von faschistischen Diktatoren beherrscht wird?

Mao Tse-Tung sagt: "Der Machtantritt des Revisionismus bedeutet den Machtantritt der Bourgeoisie."

Und genau dies ist in der Sowjetunion geschehen. Hinter der Kritik Chruschtschows am 'Personenkult' Stalins verbarg sich nichts anderes als das Abgehen von den Grundsätzen des Marxismus-Leninismus, als die Politik der Wiedereinführung des Kapitalismus. Wie konnte nun diese Renegatenclique ihre konterrevolutionären Pläne gegen das revolutionserfahrene sowjetische Volk, gegen die Diktatur des Proletariats in der Sowjetunion durchsetzen?

Zum einen dadurch, dass sie ihre Politik immer noch mit dem Mäntelchen des Sozialismus tarnen. Lenin hat eine solche Politik folgendermassen charakterisiert: Sozialismus in Worten, Imperialismus in der Tat.

Zum anderen dadurch, dass sie die Diktatur des Proletariats in ihr Gegenteil verkehren, sich auf einen bürokratischen Apparat stellen, den Stalin stets bekämpft hat. Mit diesem bürokratisch-militärischen Apparat wurden alle Errungenschaften proletarischer Demokratie ausgeschaltet.

Das deutsche Volk weiss aus eigener Erfahrung, welche lückenlose bürokratische Herrschaftsmaschinerie sich die deutsche Bourgeoisie mittels des Hitlerfaschismus aufgerichtet hatte, wie sie sich hinter Militär und Geheimpolizei verschanzte. KZ-Schergen, Schreibtischtäter und Militärstiefel prägte sowohl das Gesicht des deutschen Nazifaschismus, wie es auch heute das Gesicht des Faschismus der sowjetischen Sozialimperialisten prägt.



"Imperialistische Bündnisse sind ... notwendigerweise nur Atempausen zwischen den Kriegen! (Lenin).

Kanonen statt Butter ist heute die Losung in der Sowjetunion, wie einst in Hitler-Deutschland. In das Agrarland Sowjetunion muss heute Butter eingeführt werden, Kanonen gibt es umso mehr; die Sowjetunion erstickt heute in Waffen; der sozialimperialistische Militarismus ist ausgerichtet auf Aggression!

Wie sich die faschistischen Volksfeinde vor den Massen schützen und verstecken, so muss es auch heute ein Breshnew tun. Verbot von Demonstrationen, Terror und Verfolgung von Kommunisten und anderen revolutionären Kräften, so wird der 'Friedens'besuch des Kremldespoten in der Bundesrepublik von langer Hand vorbereitet. Dazu berichtet die Frankfurter Rundschau vom 5.5.:

"Da in aller Welt die sogenannten Geheimpolizisten im Zweifelsfalle immer am besten zusammenarbeiten, hat sich in Bonn auch jetzt schon, also vor der offiziellen Bekanntgabe des Besuches, ein Trupp sowjetischer Sicherheitsfachleute eingefunden, um mit den westdeutschen Kollegen die strategische Planung und die Einzeltaktik abzustimmen. Für die Bonner Polizei wird das ebenso lehrreich sein, wie für die Staatssicherheitsexperten aus Moskau, die sich jetzt über die aus Peking und Vietnam importierten Guerillataktiken der deutschen Maoisten ebenso informieren lassen, wie über die Praktiken der Chaoten."

Auf den Treffen der Imperialisten, wo es um Grossmachtspolitik und Neuaufteilung von Einflussphären geht, fehlt auch nicht die Absprache über die Unterdrückung des Volkswiderstands. Es ist kein Zufall, dass der Breshnew-Besuch in Bonn einhergeht mit einer Kampagne der Hetze und Verfolgung der Marxisten-Leninisten, der Verbotsvorbereitung gegenüber der KPD/ML und anderen revolutionären Organisationen.

Diesem Treffen der beiden Volksfeinde, Breshnew und Brandt, muss die entsprechende Antwort erteilt werden. Die KPD/ML ruft alle revolutionären und fortschrittlichen Menschen auf, an ihren Demonstrationen teilzunehmen. Auf Arbeitertreffs, Veranstaltungen, Kundgebungen wird unsere Partei klarlegen, dass mit Breshnew der Führer der zweiten Supermacht, ein Volksunterdrücker der Art Hitlers, das Oberhaupt des Revisionismus hier eintrifft.

Wir wissen, dass die Bourgeoisie einschliesslich der D'K'P ein Interesse hat, die Demaskierung dieses Pseudokommunisten als Arbeiter- und Völkerfeind zu verhindern. Die Arbeiter unseres Landes werden aber solange sich den Fallstricken der antikommunistischen Propaganda nicht entledigen können, als ihnen der Charakter der heutigen Sowjetführer und ihres Systems nicht deutlich wird.

Die KPD/ML hat in ihrer Gründungserklärung festgestellt, dass der Kampf sowohl gegen den USA-Imperialismus als auch den sowjetischen Sozialimperialismus eine Aufgabe der deutschen Arbeiterklasse auf dem Weg zu ihrer Befreiung und für die nationale Einheit Deutschlands ist. Wir werden in diesem Sinne den Empfang Breshnews vorbereiten.

Die Breshnews kommen und gehen, das russische Volk aber bleibt; das russische Volk wird in einem zweiten Oktober 1917 die neuen Zaren wieder davonjagen!

Es lebe die Freundschaft der Völker der Sowjetunion mit dem deutschen Volk!

NIEDER MIT DEN NEUEN ZAREN !

BEWEGUNG FÜR ARBEITERJUGENDZENTRUM SOLL ZERSCHLAGEN WERDEN!

DEMONSTRATIONSVERBOT AUCH IN BIELEFELD!

"Die Polizei gibt der Bevölkerung bekannt, dass jeder, der trotzdem an dieser verbotenen Demonstration teilnimmt, mit Strafverfolgung rechnen muss.

Nach Paragraph 29 des Versammlungsgesetzes vom 24.7.53 ... wird mit Freiheitsstrafe bis zu sechs Wochen oder mit Geldstrafe bis zu 500 DM bestraft, wer "an einer verbotenen, öffentlichen Versammlung oder einem verbotenen Aufzug teilnimmt."...

So wird die Bielefelder Bevölkerung vor der weiteren Solidarität mit den Jugendlichen gewarnt, die vor kurzem ein Jugendheim besetzten, um ihrer Forderung nach einem selbstverwalteten Arbeiterjugendzentrum Nachdruck zu verleihen (siehe RM Nr. 15 und 17) Diese Hausbesetzung war der Höhepunkt eines längeren Kampfes um dieses Jugendzentrum und um

Fortsetzung S. 8

1.Mai-Internationaler Kampftag der Arbeiterklasse

England: Hunderttausende Arbeiter streiken am 1.Mai (in England kein Feiertag) Die Gewerkschaftsführung muss den 1.Mai zum 'Nationalen Tag des Protestes und der Arbeitsniederlegung' ausrufen.

Spanien: Demonstrationen trotz faschistischen Polizeiterrors in fast allen grösseren Städten. (besonders in Barcelona, Madrid, Valencia) 150 Patrioten werden eingekerkert, aber auch die Polizei erlitt ihrerseits erhebliche Schläge. 24 000 streikende Arbeiter sind bei SEAT ausgesperrt.

Portugal: Die faschistische Regierung verbot alle Kundgebungen. Vor dem 1.Mai fand eine grosse Verhaftungswelle statt.

Japan: In Tokio marschieren über 300 000 Menschen gegen die Verschlechterung der Lebenslage, gegen die Kriegsrüstung, gegen die Regierung.

Italien: In allen Grosstädten demonstrieren zehntausende gegen Ausbeutung, Inflation und die faschistische Gefahr.

Schweden: Auf den Maidemonstrationen rufen reaktionäre Gewerkschaftsführer nach der Polizei, um gegen Kommunisten(ML) vorzugehen.

Argentinien: Während des 1.Mai herrscht der Ausnahmezustand, den die Regierung gegen die Volksaufstände über fünf Provinzen verhängte.

Frankreich: Der Renault-Streik, Bauern- und Studentenunruhen, prägen den 1.Mai. Gegen die Maiumzüge der Reformisten-Revisionisten von KPF und CGT formieren sich in gewachsener Stärke revolutionäre Maidemonstrationen unter der Führung der KPF/ML.

Hanoi: Seit neun Jahren findet erstmals wieder eine Massendemonstration am 1.Mai statt.

China: Das chinesische Volk feiert seinen 1.Mai im Zeichen des Voranschreitens des Sozialismus und der Festigung der Diktatur des Proletariats.

Albanien: In Albanien finden am 1.Mai Kampfdemonstrationen statt, die den unbeugsamen Willen des albanischen Volkes bei der Verteidigung seiner Freiheit beweisen.

Zahlreiche Festnahmen bei Mai-Razzia in Prag

Prag (dpa). Die Prager Polizei hat, wie erst gestern bekannt wurde, am Vorabend des 1. Mai eine „Großfahndung nach Kriminellen" vorgenommen. Nach Angaben der Polizei wurden dabei über 1000 Verdächtige festgenommen, denen rund 1600 Straftaten und Vergehen nachgewiesen worden seien.

Trotz Terror der Bourgeoisie -

Der rote 1.Mai lebt!

Seit einigen Wochen führt die bürgerliche Klasse in Presseberichten und Fernsehreports einen grossangelegten Hetzfeldzug gegen die Kommunisten. ('Chaoten', 'Terroristen', 'Politrocker' usw.) Plötzlich werden einzelne kommunistische Aktionen gross an die Glocke gehängt, jetzt kommen Kübel Jauche, jetzt zeigt die herrschende Klasse ihre Krallen. In Nordrhein-Westfalen wurde bereits jeder Maiumzug 'von Gruppen links der DKP' verboten. In Dortmund verhinderten Tausende von Polizisten in bürgerkriegsähnlichem Aufmarsch die 1.Mai-Demonstration, prügelten am Hauptbahnhof auf 'illegale Demonstranten ein (zwei Schädelbrüche, ein Unterkieferburch, usw.) Polizisten auf Motorrädern in Tankstellen versteckt, auf Schulhöfen lagernd, Einsatzwagen, Zivile, ein Hubschrauber, Verkerhrskontrollen zum Abfangen von Bussen aus anderen Städten.

Die kapitalistische Staatsmacht schert sich, wo ihr die kommunistische Massenagitation bedrohlich wird, den Teufel um ihr eigenes Grundgesetz, das jedem Staatsbürger das Recht auf Versammlungen und Demonstrationen zusichert.

Auch ausserhalb von Nordrhein-Westfalen überall das gleiche Bild:

Polizeieinheiten im Hintergrund der Umzüge oder in Innenhöfen entlang der Umzugsroute verborgen, Schnüffler, die sich mit roten Nelken im Knopfloch tarnen wollten. Politische Polizei als beharrliche Begleiterscheinungen, Fotografen einschlägiger Art.

Auf den DGB-Demonstationen tritt das gleiche Unwesen in Gestalt von SPD-, DGB- und D'K'P-Ordnertrupps auf, damit die wohlbestallten 'Arbeitervertreter' ihre Lügen und Phrasen vom 'Mitdenken-Mitbestimmen-Mitverantworten' verzapfen können. Warum fürchten denn die Bonzen die oppositionellen Gewerkschaftler und die Kommunisten? Weil sie einen Grund zum Fürchten haben, weil es in der 'Basis' rumort, weil schon genug Gewerkschaftler sich so ihre eigenen Gedanken über die Tarifabschlüsse und die 'Gewerkschaftsdemokratie' machen.

Die Bourgeoisie hat zu diesem 1.Mai gezeigt, wie sie auf die wachsende revolutionäre Bewegung zu reagieren gedenkt. Verbote, Polizeiaufmärsche, Prügel, Pressehetze, Schlägergarden von DGB und D'K'P, das ist der Mai von Seiten der Bourgeoisie.

Dieser 1.Mai hat aber auch gezeigt, welche Seite heranwächst und mächtiger wird, das ist die Seite der Arbeiterbewegung, des Anwachsens der Gewerkschaftsopposition, des Erstarkens der Kommunistischen Partei, der KPD/ML. Der 1.Mai 1973 hat gezeigt ,dass sich ein Roter 1.Mai 1974 nicht durch Verbot und nicht durch Terror verhindern lässt.



Polizeieinsatz gegen Maiveranstaltung

Stuttgart:

Zur Vorbereitung des 1.Mai sollte in Stuttgart eine Veranstaltung stattfinden. Kurz vor Beginn tauchte in der Kneipe Polizei auf. Sie setzten den Wirt, der Ausländer ist, unter Druck und drohten ihm mit Ausweisung, falls er die Kommunisten in den Saal liesse. Die ersten Genossen, die ankamen, wurden gleich gewaltsam gepackt. Die Polizisten stellten ihre Personalien fest und versuchten sie nach den Verantwortlichen für diese Veranstaltung auszufragen.

Diese ersten Genossen waren die einzigen, die der Polizei in die Hände fielen, alle anderen Besucher der Veranstaltung konnten rechtzeitig gewarnt werden. Leider konnte an diesem Tag kein anderer Ort für die Veranstaltung mehr aufgetrieben werden.

Mit um so mehr Schwung wurde dann am 1.Mai unter der Bevölkerung agitiert. Vor allem das Auftreten auf der DGB-Kundgebung war ein grosser Erfolg. Beifall für die Reden gab es kaum, dafür umso mehr Pfiffe. Die gesamte Kundgebung wurde schon nach 45 Minuten abgebrochen, die geplante Demonstration wurde abgesagt. Auch hier waren mehrere Mannschaftswagen Polizei aufgefahren, die aber nicht einzugreifen wagten. Auch unter den Menschen in der Stadt gab es überwiegend positive Stimmen. Die Empörung über die Angriffe der Polizei dagegen war gross.

'Komm mit Kollege!'

Agitation auf dem Bonzen- und Regierungs-Mai

Die KPD/ML hat die Werktätigen zu diesem 1.Mai 1973 aufgerufen unter den Parolen: Gegen Lohnraub, Teuerung und politische Unterdrückung — Vereinigt Euch im revolutionären Klassenkampf. Gegen opportunistische Zirkel wie zum Beispiel das NRF, wurde klar vertreten, daß dieser rote 1.Mai nicht gemeinsam mit dem DGB, der D'K'P und den Brandt, Schmidt und Co. gefeiert werden kann. Der Verlauf der Demonstrationen hat gezeigt, wie richtig es war, den Arbeitern klar zu zeigen: Hier ist die rote Fahne, um die sich die klassenkämpferischen Arbeiter versammeln müssen.

Das bedeutet natürlich nicht, dass die Partei der Meinung ist, auf den Kundgebungen des DGB fänden sich nur Reaktionäre ein, um die man sich nicht zu kümmern brauche. In allen Städten, auch dort wo keine Demonstrationen der Partei stattfanden, gingen darum unsere Genossen auf die Kundgebungen bildeten dort teilweise Blocks, verkauften den Roten Morgen und riefen die Kollesen auf, zur Roten 1.Mai-demonstration zu kommen. Hier einige Beispiele:



München:

Auf dem Königsplatz hatten sich am 1.Mai ca. 15000 Kollegen versammelt. Rote Fahnen und Transparente beherrschten das Bild. Sie zeigen an, dass die Gewerkschaftler und unorganisierten Arbeiter nach links rücken. In der Hand von DGB- und D'K'P-Führern sind aber auch rote Fahnen und 'radikale' Reden nur Tricks. Letztlich läuft alles wieder auf 'Willy', Loderer und andere falsche 'Arbeiterfreunde' hinaus.

Die Reden von SPD-Schmidt und DGB-Vetter fanden nur spärlichen Beifall. Bei Abschluss der DGB-Kundgebung sangen die Münchner Genossen alle Strophen des Lieds 'Brüder, zur Sonne, zur Freiheit', nicht nur die ersten drei. Ihre Sprechchöre wandten sich gegen den Regierungsmai und warben für den roten 1.Mai. Einige Kollegen schlossen sich dann der roten Demonstration an, viele hörten sich aufmerksam die kommunistischen Parolen an.

Wetzlar:

Etwa 50 Genossen und Freunde der Partei bildeten bei der DGB-Demonstration — etwa 2000 Teilnehmer — einen Sprechchor. Die Parolen machten DGB- und D'K'P-Ordner nervös. Ihre Ordner bildeten Ketten und griffen die Genossen in grosser Übermacht an. Es gelang ihnen aber nur, eine Genossin zu Boden zu werfen und ihre Jacke zu zerreissen. Ihre eigene Veranstaltung kam gänzlich in Verwirrung und löste sich schliesslich auf.

Mannheim:

Nach der roten Maidemonstration kamen 40 Genossen zu der DGB-Schlusskundgebung. DGB- und D'K'P-Ordner und -Funktionäre bildeten Ketten, damit sich die Genossen nicht unter die anwesenden Gewerkschaftler mischen konnten. Die mussten ja bevormundet und 'geschützt' werden vor den Argumenten und Parolen gegen die Mitbestimmungsillusionen und für den revolutionären Klassenkampf und die Gewerkschaftsopposition. Aus den Reihen der einfachen Mitglieder von DGB und D'K'P erhielten die Genossen mehrmals Beifall.

1. Mai in Würzburg

Die rote Maidemonstration war zahlenmässig mit 130 Demonstranten fast ebenso stark wie der DGB-Umzug mit 140 Teilnehmern. Die klassenkämpferischen Losungen der roten Demonstration standen im genauen Gegensatz zu dem 'Mitdenken, Mitbestimmen, Mitverantworten' des DGB-Zuges, in dem auch die Jusos, die D'K'P und studentische Zirkelgruppen mitmachten. Die 'Revolutionäre Jugend/ML' lehnte vorher prinzipiell jede Aktionseinheit mit den Würzburger Genossen ab, in der Gesellschaft der örtlichen SPD- und DGB-Prominenz fühlten sich diese 'Revolutionäre' wohler.

Die rote Maidemonstration war durch eine Veranstaltung einige Tage vorher vorbereitet worden. Die Genossen und befreundete fortschrittliche Arbeiter, Lehrlinge, Studenten und Schüler zogen durch die Zellerau, ein Würzburger Arbeiterviertel, wo die Partei schon viele Freunde hat. Die iranische DISNU, eine antifaschistische und revolutionäre Vereinigung persischer Patrioten schickte den Genossen eine Grussbotschaft.

***

HAMBURG: AUSLÄNDISCHE KOLLEGEN MARSCHIEREN MIT

Der 1.Mai in Hamburg hat die Verbundenheit der KPD/ML mit den Massen ein grosses Stück vorangebracht. Zum ersten Mal wurden an allen betrieblichen Schwerpunkten und in vielen Stadtteilen Hamburgs für den Roten 1.Mai geworben. Auf den Wochenmärkten, an den Bahnhöfen, auf den Strassen und vor den Betriebstoren — überall wurde der Rote Morgen und besonders die Sondernummer zum 1.Mai verkauft, trat die Agit-Prop-Truppe mit Liedern und Sketchen auf. Auf dem Hamburger Flohmarkt konnte man kurz vor dem 1.Mai immer wieder Hunderte sehen, die sich um den Agit-Prop-Trupp versammelt hatten, unsere Zeitungen, Bücher und Broschüren kauften. Viele neue Verbindungen wurden geknüpft.

Die Vorbereitungen zum 1.Mai trafen wir gemeinsam mit unseren ausländischen Genossen, den türkischen und spanischen Kollegen.

Am Roten 1.Mai versammelten sich unter den Fahnen und Transparenten der KPD/ML 500 Demonstranten. Den Auftakt bildete die 1.Mai-Rede eines Genossen Hafenarbeiters. An der Spitze des Zuges marschierte die Agit-Prop-Truppe, mit roten Halstüchern und riesigen roten Fahnen. Vor dem Block der Roten Garde und der Partei wehten die Fahnen der Kommunistischen Partei/ML der Türkei und der KPD/ML. Fast alle Demonstranten trugen rote Nelken.

Von Anfang an reihten sich viele Zuschauer in die Demonstration ein. Junge Arbeiter und alte Kämpfer grüssten mit erhobener Faust. Höhepunkt der Demonstration war die Ansprache eines türkischen Kollegen an seine Landsleute in einem Arbeiterviertel in dem viele ausländische Familien wohnen. An diesem Punkt hatte der Zug bereits 700 Teilnehmer. Ein grosser Erfolg war es vor allem, dass in diesem Jahr mehr Arbeiterjugendliche und Proletarier denn je mitmarschierten. Wir werden weiterschreiten auf diesem Weg: gestützt auf die richtige Linie der Partei die Verankerung in den Massen voranzutreiben. Vorwärts zum Sturz des Kapitalismus, zur Errichtung der Diktatur des Proletariats!

VORWÄRTS MIT DER KPD/ML!

VORWÄRTS ZUM ROTEN 1. MAI 1974!

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 — 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,— DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Letzter Ausweg der Bonzen :

Der Ruf nach der Staatsgewalt

Hunderttausende von Menschen versammelten sich in den Jahren nach dem zweiten Weltkrieg jedes Jahr am 1.Mai zu den Kundgebungen und Demonstrationen der Gewerkschaften. Es war die Zeit wo die Gewerkschaften noch die Losungen nach Enteignung, Parolen gegen das BVG, gegen Rationalisierung mitführten.
Der Zulauf zu den Maikundgebungen der Regierung und der Gewerkschaftsbonzen wurde immer geringer. In dem meisten Städten findet sich heute nicht einmal mehr der zehnte Teil der Arbeiter als Zuhörer für die Reden der DGB-Führer und ihrer Regierungsfreunde ein. Haben die Arbeiter sich vom Klassenkampf abgewandt? Brauchen sie keinen 1.Mai mehr?

Das Kapital und seine Handlanger haben keinen Grund, sich die Hände zu reiben. Die anwachsenden Kämpfe passen nicht zum Bild des Pantoffelproleten. Und gerade jetzt, vor dem 1.Mai, wo Politiker und Gewerkschaftsbonzen zusammen mit dem Kapital gemeinsam das Lied von der Stabilität anstimmten, wo sie über die wachsende Inflation jammern und dabei schon wieder lange Finger machen, um dem Arbeiter in die Tasche zu greifen, haben die Metall- und Stahlarbeiter wieder ihre Stimme erhoben.

Unmissverständlich kommt die Antwort aus den Betrieben: Sofortige Kündigung des Tarifvertrages, mehr Lohn.

Die Arbeiter haben den Kampf nicht aufgegeben, ganz im Gegenteil – aber was soll der Arbeiter, der die Faust zum Kampf ballt, auf Kundgebungen, wo schon vorher gedroht wird: "Geballte Fäuste werden gestreckt!" – wie in Frankfurt?
Was soll er auf Kundgebungen, wo die Gewerkschaftsführer offen die Zusammenarbeit mit dem Kapital propagieren; wo offen gesagt wird, dass angesichts der Inflationsgefahr der Arbeiter Opfer bringen muss?

Die Gewerkschaftsführer sehen den wachsenden Unmut über ihre reaktionäre Politik. Sie wissen, wie gross in dieser Situation die Gefahr von roten 1.Mai-Demonstrationen der Kommunisten und oppositionellen Gewerkschafter ist. So drohte zum Beispiel der DGB-Vorsitzende von Frankfurt allen 'linken Störern' mit seinen Ordnertrupps und jammerte gleichzeitig, dass es ja eigentlich die Aufgabe der Arbeiter wäre, diese 'Gewerkschaftsfeinde' zu vertreiben, aber die Arbeiter würden ja nicht kommen.

Die Gewerkschaftsführer sehen ihre wachsende Isolierung – und greifen wieder in die 'linken' Tasten. An diesem 1.Mai krochen sie teilweise wieder aus ihren Saallöchern heraus auf die Strassen, kramten sie die roten Fahnen hervor, wie in München, wo sogar ein Lohnraubkommandeur wie Finanzminister Schmidt plötzlich von Sozialismus redete.

Das reicht aber natürlich nicht aus. **Entscheidende Hilfe leisten die Revisionisten der D'K'P. Diese angeblichen Kommunisten sollen mit ihrer 'Mitbestimmung für Millionen', der Parole von 'Frieden und sozialem Fortschritt' darüber hinwegtäuschen, dass sich hinter dem rosa Mäntelchen bei den DGB-Gewerkschaften nicht, aber auch gar nichts zum Besseren gewandt hat. Im Gegenteil.**

Schon wird der Hilferuf nach der Staatsgewalt, nach Polizei und Klassenjustiz immer lauter; schreitet die Verschmelzung von DGB-Apparat und kapitalistischem Staat weiter voran.
Die vorsorgliche Besetzung des Gewerkschaftshauses in Hannover durch die Polizei zeigt deutlich, wohin dieser DGB marschiert.



Im Fabrikhof tauchte ein Laster aus der DDR auf. Eine Bewegung entstand bei den Kollegen. Der Laster brachte neue Getriebe für Pressen.

Die Kollegen wollten gerne mal mit den beiden Fahrern diskutieren. Wie ein Schiesshund fegte dauernd der kleine Chef dazwischen. Ein Kollege wusste gleich zu berichten, die Getriebe sind viel billiger als die bundesdeutschen. Einer meinte, dann könnte der Alte mal was dazulegen. Aber Pustekuchen, das brauchte der für seinen 211 Porsche, den er kurze Zeit später auf dem Hof vorprotzte.

Nun gelang es einem Kollegen doch noch, ein Gespräch mit den beiden Fahrern aus der DDR anzuknüpfen. Denn es ist ja doch verwunderlich, wieso mit einmal Handel und Wandel mit 'Feindesland' stattfindet. Als der Kollege den Fahrern vorhielt, dass die Kollegen nichts von diesem einträchtigen Geschäft hätten, aber der ganz Alte nur seine dicken Autos davon fahren lassen würde, da meinte der eine Fahrer: Das ist bei uns auch so.

Da hielt ein Kollege dem Fahrer vor, dies sei nun die Wiedervereinigung, nämlich dieses Geschäft. aber das ist die Wiedervereinigung ohne uns Arbeiter. Beide Fahrer nickten ernst. In der Pause wurde noch von dieser Bemerkung gesprochen und der Kollege musste sie noch mal vor versammelter Mannschaft wiederholen. Es wurde Einheit darüber erzielt, dass die DDR nicht sozialistisch ist.



MIT DEN BONZEN ÜBER DEN 1.MAI DISKUTIEREN? AUSSCHLUSS!

"Gegen zwei Mitglieder der Jugendvertretung im Wedding – Peter Boexen und Gerhard Maack – ist vom Verwaltungsstellenvorstand der Ausschluss aus der Gewerkschaft beantragt worden, weil sie es gewagt haben Betriebsräte, Jugendvertretungen, die Kollegen der verschiedenen Maikomitees, den DGB und die DAG zu einer Podiumsdiskussion zum 1. Mai einzuladen.

Jeder Kollege und insbesondere jeder Gewerkschafter fragt sich, was dabei gewerkschaftsschädigend ist...

Kollegen, wie müssen gemeinsam verhindern, dass die Jugendvertreter ausgeschlossen werden! Die Bonzen wollen die noch verbleibende Demokratie in den Gewerkschaften restlos zerschlagen. Sie wollen die Mitglieder zu beitragszahlendem Stimmvieh degradieren. Somit sollen sie die Gewerkschaften als Kampfmittel der Arbeiterklasse im Auftrage des Kapitals zerschlagen. Sie sind die wahren Feinde der Gewerkschaften. Vereiteln wir diese Versuche: zeigen wir den Bonzen, dass sie nicht unsere Interessen vertreten können."

Verräter festgenagelt!

Politische Entlassung bei Bänninger

Am 19.4. sollte in Giessen der Arbeitsgerichtsprozess WARDEGA gegen Firma BÄNNINGER stattfinden. Kollege Wardega war Betriebsrat bei Bänninger und Mitglied der Gewerkschaftsopposition in der IGM. Er wurde vor einiger Zeit mit fadenscheinigen Gründen fristlos lassen.

Wardega beantragte Vertagung des Prozesses, denn er erfuhr erst 10 Minuten vor Verhandlungsbeginn, dass der IGM-Vorstand in Giessen ihm den Rechtsbeistand entzogen hat. Pairan, 2. IGM-Bevollmächtigter, sagte, alle vom Ortsvorstand hätten das beschlossen, – nicht nur er. Im IGM-Ortsvorstand sind auch zwei Betriebsräte der IGM-Liste bei Bänninger!

Eine Gruppe von Genossen der Partei und Kollegen der Gewerkschaftsopposition – darunter zwei Betriebsräte der oppositionellen Liste Bänninger – , nutzten die Gelegenheit, Pairen einige Fragen zu stellen:

Frage: Hast Du als 2. Bevollmächtigter gegen den Beschluss des Ortsvorstandes gekämpft, Wardega den Rechtsbeistand zu entziehen?

Pairan: Alle 14 haben dafür gestimmt, was sollte ich denn tun....?

Frage: Weil Wardega sein Geld auf ein anderes Konto überweisen liess, konnte zweimal sein Mitgliedsbeitrag nicht abgebucht werden – also eine technische Schwierigekit. Statt ihn darauf aufmerksam zu machen, wie das üblich ist, wollt ihr das als Anlass nehmen, ihn aus der IGM auszuschliessen!

Pairan: Das ist so üblich – ohne Vorwarnung!

(Ein Betriebsrat von Bau-Steine-Erden sagte dazu, dass das eine Lüge ist. So wollen die Bonzen die oppositionellen Kollegen auf die billige Tour loswerden.)

Frage: Ihr wollt den Kollegen Wardega doch schon seit längerer Zeit ausschliessen. Er hat vor einem halben Jahr eine Loyalitätserklärung zum Unterschreiben bekommen, wo der Ausschluss angedroht wird, wenn er sie nicht unterschreibt (siehe auch RM

Pairan: Davon weiss ich nichts!

Frage: Bist Du für vorgezogene Tarifverhandlungen?

Pairan: Wir diskutieren gerade darüber!

Frage: –Für zwischentariflichen Lohnkampf – das ist schon lange eine Forderung der Liste 2 bei Bänninger. Auf der Betriebsversammlung bei Bänninger hast Du aber gegen diese Forderung gehetzt – oder nicht?

Pairan: Man kann doch mal seine Meinung ändern....

(Zwischenruf: Aber nicht gleich zehnmal am Tag!)

Frage: Sind die 800 Vertrauensleute die sich bei Opel-Rüsselsheim für vorgezogene Tarifverhandlungen ausgesprochen haben, Gewerkschaftsfeinde?

Pairan: Nein!

Frage: Genau die Forderung stellt auch die Gewerkschaftsopposition. Vetter, Loderer und Co. aber haben alle zu Gewerkschaftsfeinden erklärt, die den jährlichen Tariffrieden nicht mitmachen wollen. Sind die 800 Vertrauensleute und die GO (Gewerkschaftsopposition) nun Gewerkschaftsfeinde oder nicht?

Pairan: Schweigen.....

Frage: Wie stehst Du zu dem Beschluss des Vorstandes, jede Opposition sowie die Mitglieder und Sympathisanten der KPD/ML aus der Gewerkschaft auszuschliessen? Du hast doch gesehen bei Bänninger, dass wir diejenigen sind, die konsequent fürr die Arbeiterinteressen einstehen.

Pairan: Wir wollen uns mit der KPD/ML auseinandersetzen.

Frage: Wie denn? Durch Hetzblätter wie 'Nur die allerblödtsen Kälber wählen ihre Metzger selber'? (Flugblatt des IGM-Ortsvorstands gegen die KPD/ML)

Pairan: ...Schweigen...

Frage: Hast Du mal den 'Völkischen Beobachter', das Organ der NSDAP gelesen? Dort ist dieselbe faschistische Hetze und Sprache gegen Gewerkschafter und Kommunisten wie in deisem Flugblatt von Euch.

Pairan: zögernd – Ja.

Frage: Wirst Du Dich öffentlich vor allen Bänninger-Arbeitern von diesem Hetzblatt distanzieren?

Pairan: ...Schweigen...



STREIKENDE RENAULT-ARBEITER:

Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – für französische und ausländische Kollegen, für Arbeiter und Angestellte – ist die Forderung der streikenden französischen Arbeiter. Seit Wochen schon hoffen Kapitalisten, reaktionäre Gewerkschaftsführer und Revisionisten auf ein Ende des Kampfes. Vergeblich. Inzwischen sollen nach den Arbeitern und Studenten auch die Bauern in Südfrankreich in den Kampf getreten sein.

AUS UNSEREN BETRIEBSZEITUNGEN:

Bergbautarifrunde '73 vorbereiten!



ZELLE HANSA DORTMUND DER KPD/MARXISTEN-LENINISTEN

"Kollegen, die letzte Tarifrunde im Sommer 72 muss uns eine gründliche Lehre sein. Blitzartig präsentierten uns unsere sogenannten 'treuen Arbeiterver-(T)reter' der IGBE (genau einen Tag vor der Urabstimmung!) den schändlichen Verrat von 7%. Die Kumpels haben damals alles andere gefordert als lumpige 7%! Z.B. sprachen sie sich bei Prosper in Bottrop klar und deutlich **für 7 DM mehr pro Schicht für alle** aus. Ja, das war eine Forderung von den Arbeitern selbst, denn sie wollen im Lohnkampf keine Spaltung untereinander, durch irgendwelche Prozentforderungen, und Spaltung gegenüber der Arbeiterjugend in der Lehre und im Stollen nebenan, denn für die Arbeiter unter Tage heisst es:

GLEICHER LOHN FÜR GLEICHE ARBEIT!

Aber nicht genug mit dem Lohnabschluss 1972. Erinnern wir uns nochmal an die eingebauten Klauseln dieses Tarifvertrages: Da wurden uns still und heimlich die Sozialzulagen gekürzt und das Wohn- und Kindergeld auf eine Pauschale von 2,30 DM heruntergedrückt, die jeder Kumpel früher mit Leichtigkeit überschritt. Das bedeutet dann für die IGBE-Bonzen, dass sie nach der Parole des 1.Mai 72 'für eine bessere Welt' eintreten. Eine schöne Welt ist das für den Proleten!

Rechnen wir uns aber nochmal folgendes Beispiel durch:

Ein Schweisser aus Lohngruppe 8 mit 2 Kindern hat bisher 47,-- DM verdient. Dazu kamen 2,80 DM Wohnungs- und Kindergeld und 3,90 DM Schweisserzulage, zusammen also 53,70 DM. Als Wohnungs- und Kindergeld gibt es jetzt 2,20 DM pauschal. Die Schweisserzulage soll laut altem Tarifvertrag um mindestens ein Viertel gekürzt werden, genaueres ist noch nicht raus.

Was bekommt dieser Schweisser nach dem neuen Tarifvertrag? Rechnen wir zusammen:

47,-- DM
3,90 DM (7%) Lohnerhöhung
2,20 DM Wohnungspauschale
2,93 DM die um 1/4 gekürzte Schweisserzulage

55,42 DM

Der Kollege hat also 1,72 DM in dieser Tarifrunde gewonnen. Dabei sind evtl. höhere Steuern noch nicht berücksichtigt, und dass es für Juni nur 2,-- DM brutto anstelle der 7% mehr gibt. Nach all diesen Sachen war es dann auch nicht verwunderlich, wenn so mancher Kollege im Endeffekt weniger in der Tasche hatte als vorher....

ALLE RÄDER STEHEN STILL, WENN DER ARBEITER ES WILL!

Besonders im Bergbau ist es wichtig, dass die Kumpels der verschiedenen Zechen eine geschlossene Kampffront bilden. Angesichts der Stillegungspläne und des Rationalisierungsterrors der RAG-Bosse müssen alle Kumpels fest zusammenhalten. Ältere und junge Kollegen, ausländische und deutsche Kollegen – eine Kampffront.

Egal, welche Zeche die Zechenkiller sich als nächste ausgesucht haben – wenn eine Schliessung auf der Tagesordnung steht (und das wird voraussichtlich HANSA sein) müssen die Kumpels der umliegenden Zechen sich im Kampf gegenseitig unterstützen.

Wir von der 'SCHLAG ZU' werden Euch im gemeinsamen Kampf gegen die Zechenherren, die Regierung und die Gewerkschaftsbonzen zur Seite stehen und auch in den anderen Zechen zur Unterstützung aufrufen und bei der Organisierung helfen.

GEGEN LOHNRAUB, TEUERUNG UND POLITISCHE UNTERDRÜCKUNG!

VEREINIGT EUCH IM REVOLUTIONÄREN KLASSENKAMPF GEGEN DAS KAPITAL UND SEINE HANDLANGER!

Zum ersten Mal auf sozialistischen Boden

Hamburg – RM – Neulich, kurz vorm 1.Mai war ich mit einer Genossin im Hamburger Hafen, um dort den ROTEN MORGEN zu verkaufen und die Hafenarbeiter zu der Maidemonstration einzuladen. Plötzlich sahen wir ein Schiff mit chinesischen Schriftzeichen. Die chinesische Flagge wehte am Schornstein. Hocherfreut gingen wir zu den Matrosen an der Reling, um sie zur Maidemonstration einzuladen. (1971 demonstrierten hier in Hamburg auch Chinesen mit) Als wir ihnen den Roten Morgen zeigten, kamen immer mehr an die Reling. Wir wurden eingeladen, an Bord zu kommen.

An den Wänden im Schiff sahen wir Wandzeitungen und revolutionäre Bilder. Im Aufenthaltsraum hing ein Bild von Mao Tsetung, daneben Zitate aus seinen Werken. Sofort werden uns Zigaretten und Limonade angeboten. Nach der ersten Aufregung – schliesslich sind wir das erste Mal auf sozialistischem Boden – entfaltet sich ein lebhaftes Gespräch. Die Unterhaltung geht auf Englisch, drei der Besatzungsmitglieder übersetzen für die anderen.

Ein 'Neuer' kommt herein. Die anderen sagen: "Das ist der Kapitän." Er sieht genauso aus wie alle anderen und benimmt sich auch genauso.

Wir erfahren, dass auf dem Schiff fünf bis sechs mal in der Woche Klassiker studiert werden. Im Augenblick wird das 'Kommunistische Manifest' gelesen. Natürlich kennen sie auch Thälmann.

Als wir erzählen, dass wir in einer Agit-Prop-Truppe öfters vor Arbeitern singen, fragen sie uns nach unseren Liedern. Um gemeinsam singen zu können, stimmen wir 'Der Osten ist rot' an. Erfreut singen sie mit. Einer von ihnen beginnt mit der Internationale und wir fallen ein. Zum Schluss schenken sie jedem von uns eine 'China im Bild' und begleiten uns zum Ausgang. Als wir das Schiff verlassen, stehen etwa 30 Leute an der Reling und Winken oder ballen die Faust zum Gruss."



1971, Hamburg: Maidemonstration mit chinesischen Matrosen

Die Kraft unserer Klasse

BERICHT ÜBER DIE VORBEREITUNG DES ROTEN 1.MAI DER BETRIEBSZELLE OSRAM BERLIN-WEDDING

Die Parteizelle Osram besteht fast nur aus Mitgliedern der früheren Gruppe 'Rote Fahne'. Wir, die Arbeiter, sind geschlossen zur KPD/ML gekommen. Jetzt vor dem 1.Mai hatten wir nicht mehr viel Zeit, die Kollegen zu mobilisieren. Angesporut von dem Gedanken, der Rote 1.Mai unter der Fahne der Partei, machten wir uns doch an die Arbeit.

Zuerst haben wir das 'Rotlicht' geschrieben, die Zeitung für die Arbeiter und Arbeiterinnen von Osram. Wir haben die Kollegen mobilisiert für den Roten 1.Mai im Wedding. Zusammen mit den anderen Weddinger Betrieben und den Genossen der Stadtteilzelle und Weddinger Strassenzellen, haben wir eine kämpferische Veranstaltung zum Arbeiterkampftag organisiert. Ein Kollege erhielt viel Beifall, als er sagte, dass gegen den Ausschlussterror (gerade sind viele Kollegen aus der IGM ausgeschlossen worden) die Gewerkschaftsopposition organisiert werden müsse.

Solidarität mit dem Freiheitskampf Vietnams, auch das gehörte zur Vorbereitung des 1.Mai. 400,-- DM sammelten wir zusammen im Betrieb und im Wedding. 260 Sondernummern des Roten Morgen gingen ab wie warme Semmeln. Kurz vor dem 1.Mai schrieben wir dann unser erstes selbständiges Flugblatt, das wir auch selbst gedruckt haben.

Dann kam die Grossveranstaltung des Landesverbands Westberlin der KPD/ML zum Roten Mai in der 'Neuen Welt'. Unter Führung der Partei haben wir unsere Kraft gespürt und es gelang uns viel besser als früher, die Kollegen für die Partei und die Aktion zu gewinnen. Mit den Zellengenossen waren wir mehr als 20 Osram-Arbeiter und -Arbeiterinnen: ältere erfahrene Genossen und jüngere.

Die Kollegen wurden durch den proletarischen Charakter der Veranstaltung mächtig mitgerissen. Ein sonst ruhiger Kollege rief begeistert Parolen mit und hob kämpferisch die Faust. Ein anderer Kollege spendete 50 DM. Besonders empörte uns alle, als wir vom Demonstrationsverbot im Ruhrgebiet hörten. Wir schickten eine Solidaritätsadresse an die Genossen in NRW.

Auf der Veranstaltung haben wir einen Kollegen gewonnen, der früher einmal in der Betriebsgruppe der Gruppe 'Rote Fahne' gearbeitet hat; er war wegen des Revisionismus der ZB-Organisation gegangen. Wir haben gelernt, mehr auf die Kollegen zu hören...

Besonders haben wir daraufhin gearbeitet, die ausländischen Kollegen am 1.Mai bei uns einzureihen. Die Kampfsolidarität zwischen uns ist auch auf der Veranstaltung zum 1.Mai geschmiedet worden. Wir haben mit den ausländischen Kollegen viel diskutiert und ihre Lieder gesungen. Der reaktionäre Betriebsrat bei Osram versucht ständig deutsche und ausländische Kollegen zu spalten. Aber am 1.Mai im Wedding sind mehr türkische Kollegen mitmarschiert als je.

Der diesjährige 1.Mai war ein grosser Erfolg für die Partei, auch bei Osram. Einige Osram-Kollegen werden sich jetzt in der Partei organisieren. Wir haben Kontakt gewonnen zu vielen Kollegen, die Interesse an der Partei haben. Noch viel mehr Vertrauen in die Kollegen, in die Kraft unserer Klasse, in die revolutionäre Linie unserer Partei

Vorwärts zum Roten 1.Mai 1974!

Revisionistisches

Sozialimperialisten: Material für Atomwaffen an Bonn

Kürzlich haben die Sozialimperialisten mit grosser Freundlichkeit und zu billigen Preisen Westdeutschland ihr angereichertes Uran angeboten – den wichtigsten Grundstoff für die Produktion von Kernwaffen.

Nach Presseberichten haben Bonn und Moskau einen Vertrag unterzeichnet, nach dem Westdeutschland für 4 300 000 Dollars Uran bekommen soll. Insgesamt sollen die Lieferungen der Sozialimperialisten an Bonn einen Wert von 85 700 000 Dollars umfassen.

Ein Sprecher des Bonner Wirtschaftsministeriums erklärte dazu, dass Angebote zur Lieferung von Uran von den USA und der Sowjetunion vorlägen. Moskau liefere aber billiger.

Und Brandt in der FAZ vom : "Die Schaffung einer nuklearen Abschreckungsmacht Westeuropas, lässt sich für die fernere Zukunft nicht ausschliessen... Für einen deutschen Kanzler wäre es höchst unklug bei jemandem den Eindruck zu erwecken, als stünde dies im Mittelpunkt seines Denkens.."Der Eindruck wird immer deutlicher. Und die Kremlzaren helfen der Atommacht der westdeutschen Imperialisten auf die Sprünge.

Internationale in Budapest

Am 21. März, dem Jahrestag der Gründung der ungarischen Republik demonstrierte eine grosse Anzahl von Menschen, die Internationale singend, durch die Strassen von Budapest.

Zunehmend mehr Menschen auch in Ungarn erkennen den Verrat der ungarischen Revisionisten-Clique. Die albanische Nachrichtenagentur ATA berichtet über den Fall eines langjährigen Mitglieds der Sozialistischen Arbeiterpartei Ungarns. Der ungarische Arbeiter L.J. warf sein Mitgliedsbuch hin und erklärte:

"Ich war zehn Jahre in der Partei. Ich habe versucht als Kommunist aufrecht und ehrlich zu leben. Aber ich sehe jetzt, dass die Taten der Partei mit den Prinzipien einer Arbeiterpartei nichts zu tun haben. Bei uns schiessen Doppelzüngler, die völlig anders handeln als reden, wie Pilze aus dem Boden. Diese Leute interessiert allein ihr Komfort. Mit den Problemen der Menschen beschäftigen sie sich höchst ungern." In einer solchen Partei weiter zu bleiben hält L.J. für eine Schande; denn da gibt es nichts zu verbessern, diese Partei marschiert im Eiltempo auf die völlige kapitalistische Umwandlung zu.

Der einzige Ausweg, Ungarn wieder zu einem Land zu machen, in dem das Interesse der Arbeiter und der anderen Werktätigen, die Politik in Worten und Taten bestimmt, ist der Kampf gegen diese revisionistische Clique.

Wodka-Cola-Geschäft zwischen Washington und Moskau

Moskau (dpa). Vom November dieses Jahres ab sollen die Sowjetbürger mit Pepsi Cola den amerikanischen „Way of Life" kennenlernen. Kendall, der Pepsi-Vorsitzende, unterzeichnete gestern im sowjetischen Außenhandelsministerium einen Vertrag über die Lieferung des Getränkekonzentrats für 72 Millionen Flaschen pro Jahr. Die Amerikaner werden dafür den sowjetischen Wodka „Stolitschnaja" in ihrem Lande vertreiben. Das Pepsi-Konzentrat wird nach Noworossisk am Schwarzen Meer gehen, wo die Sowjets gegenwärtig eine Abfüllfabrik bauen.

aus Tagesspiegel vom 20.4.73

Ein jeder kennt es, Coca-Cola, Markenzeichen des US-Imperialismus. Eisgekühlt soll es sich heute den Markt in der Sowjetunion erobern.
Coca-Cola, das Gesöff, das mit Sucht Millionen-Profite bringt.

Dass sich heute ein breiter Markt für härtere Rauschmittel in der SU und anderen Staaten des revisionistischen Lagers auftut, verwundert keinen mehr. Hinter dem Coca-Cola-Schleier verordnen die Imperialisten in Moskau: Mach mal Pause, Genosse, Pause vom Klassenkampf!

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION!

Palästinensische Befreiungsbewegung:

Kampf an allen Fronten

Was geschieht im Libanon? Raketenbestückte Jagdbomber der libanesischen Armee bombardieren die Flüchtlingslager der Palästinenser. Mit Panzerkanonen und Artillerie versucht die Armee die überfüllten Lager zu stürmen, in denen 90 000 der 300 000 palästinensischen Flüchtlinge im Libanon wohnen.

Keines der Lager wird eingenommen. Die Streitkräfte der PLO (Gesamtorganisation der palästinensischen Befreiungsorganisationen) schlagen die Angriffe zurück. Sie geben nicht preis, was mit dem Blut von tausenden Palästinenser erkämpft wurde (so der Beiruter Sender der PLO): **Das 'Kairoer Abkommen' von 1969.**

In diesem Abkommen wurde die libanesische Bourgeoisie gezwungen, das Recht der Palästinenser auf die eigene Kontrolle ihrer Lager, das Recht auf Bewaffnung u.a. zu garantieren.

Dieser erneute Angriff der libanesischen Regierung zeigt den schwankenden Charakter der nationalen Bourgeoisie in den arabischen Ländern vor dem Druck des Imperialismus und der anwachsenden revolutionären Bewegung im Land. War es ein Wink aus Jerusalem und Washington in Form von Dollars und 'Wirtschaftshilfe', der die Panzer gegen die Palästinenser rollen liess? Oder war es die Furcht vor dem Anwachsen der libanesischen Arbeiterbewegung. Fand der letzte Generalstreik gegen die Niederschiessung von streikenden Arbeitern (2 Tote, 16 Schwerverletzte) doch erst Ende letzten Jahres statt. Die Gewerkschaften, die zum Streik aufriefen, werden grossteils gerade von palästinensischen Arbeitern geführt. Ebenso ist natürlich die grösste Angst der libanesischen Bourgeoisie, dass der Anblick der bewaffneten Palästinenser bei den libanesischen Arbeitern und Bauern Schule machen könnte...

Festgestellt wurde ebenfalls, dass der Zionismus entsprechend dem Mordkommando im April gegen Führer der PLO, auch diesmal seine Agenten in den Libanon schickte. Die Beiruter Tageszeitung 'Al-Muharrir' meldete, dass bereits einige Zeit vor dem Angriff der libanesischen Armee eine Gruppe amerikanischer, israelischer und jordanischer Geheimdienstbanditen in Beirut eintrafen, um "die Beziehungen zwischen der libanesischen Regierung und den Guerillas zu stören." Sie hätten mit Angriffen gegen beide Armeen einen Krieg zu provozieren versucht.



Die Pläne des Zionismus sind jedoch zum Scheitern verurteilt. Massendemonstrationen in Beirut, Eingriff der in Syrien stationierten 'Yarmuk-Brigade' der PLO in die Kämpfe im Südlibanon, Einberufung einer Sondersitzung der arabischen Liga, um einen Waffenstillstand zu erzwingen – das war die Reaktion auf die Pläne des Imperialismus und seine Lakaien. Die palästinensische Befreiungsbewegung kämpft weiter bis zum endgültigen Sieg über die zionistischen Aggressoren, bis zur Befreiung Palästinas, zur Rückkehr in die Heimat.

Demonstration in Jerusalem

Die rücksichtslose Kriegspolitik der Zionisten führt zu einer weiteren Verschärfung des Klassenkampfes in Israel. Die Streiks nehmen zu, ebenso wächst die antimilitaristische Bewegung. Aus Protest gegen die Militärparade am 7.Mai, anlässlich des 25. Jahrestages der Gründung Israels, fand in Jerusalem eine Demonstration statt. Die Demonstration wurde von der Zionistenpolizei brutal auseinandergejagt; 15 Personen verhaftet.

Währenddessen werden die Zionisten immer frecher. Adenauer-Freund Ben-Gurion, anlässlich des 25.Jahrestages: "Ein jüdischer Staat existiert noch nicht; nur wenn wir noch 7 oder 8 Millionen Juden herbeibringen, können wir sagen, dass dies ein jüdischer Staat ist." – Ein Ziel, bei dem die sowjetischen Sozialimperialisten den israelischen Kolonisatoren recht behilflich sind.

Ferner drohte Golda Meir im amerikanischen Fernsehen wieder ganz offen: "Wenn ein Krieg mit Ägypten 'unvermeidlich ist' würde Israel als erster losschlagen!

Die zionistischen Eroberer werden in solchen Plänen durch den Besuch von 'Friedenskanzler' Brandt im Juni noch bestärkt werden. Daher: verstärkte Solidarität mit den arabischen Völkern! Freiheit für die verbotenen Palästinenserorganisationen GUPA und GUPS in der Bundesrepublik. Nieder mit den Bonner Zionistenfreunden!

Indochina:
Wiederaufbau in den befreiten Gebieten

Mit Hacke und Gewehr

In den befreiten Gebieten Kambodschas fand vor kurzem eine Konferenz statt, die sich mit den Problemen des Wiederaufbaus in den befreiten Gebieten befasste. Allgemein wurde festgestellt, dass der Kampf auf allen Gebieten: militärisch, politisch, wirtschaftlich, sozial und kulturell – grosse Fortschritte macht. Geführt wird die Bewegung zum Wiederaufbau von der Befreiungsfront Kambodschas. In einem Interview mit einem Vertreter der Befreiungsfront heisst es: "Wie Sie wissen, haben im letzten Jahr die US-Imperialisten und die Lon-Nol-Clique den Krieg gegen das kambodschanische Volk verstärkt.. Ihre Flugzeuge belegen die Menschen, die auf den Reisfeldern arbeiten, mit Feuer und Bomben. Sie haben mit chemischen Giften die Pflanzen und das Leben von Menschen zerstört. Angesichts dieser Verbrechen unserer Feinde haben wir, Alte und Junge, Männer und Frauen, Funktionäre und Kämpfer, ohne zu zögern und zurückzuweichen, die Arbeit mit beiden Händen angepackt. **Man kann sagen, dass wir in der einen Hand Pflug, Egge und Sichel halten, und in der anderen das Gewehr, um den Feind zu bekämpfen und seine Flugzeuge abzuschiessen."**

Dieser Linie folgend sind in allen Teilen des Landes zerstörte Felder wieder bebaut worden, überall, auch dort, wo es früher nicht üblich war, spriessen junge Reispflanzen aus dem Boden. Der wirtschaftliche Aufbau wird verbunden mit der Propagandaarbeit unter der Bevölkerung, mit politischer, kultureller und sozialer Arbeit vor allem auf dem Land.

Nach dem Abschluss des Friedensabkommens hat es in Industrie und Landwirtschaft Nordvietnams grosse Erfolge gegeben.
Alle Kräfte sind auf den Wiederaufbau konzentriert worden. Die Elektrizitätswerke und Kohlenbergwerke haben Massnahmen getroffen, um das Niveau der Produktion zu heben. Seit Anfang März ist die Produktion von Elektrizität um 75% angestiegen. Die Produktion von Kupfer hat fast wieder den Vorkriegsstand erreicht.

Die Arbeiter des Textilwerks in Nam Dinh, der Fabrik '8.März' und andere Betriebe haben sofort sehr schnell ihre Maschinen wieder repariert und in Gang gesetzt. Jetzt verlassen bereits wieder grosse Mengen Baumwoll- und Seidenstoff die Fabrik, um die Bedürfnisse der Bevölkerung zu befriedigen.

Im grössten Metallbetrieb Nordvietnams ist die Produktivität von 50 auf 100 Prozent gesteigert worden, weil technische Neuerungen eingeführt wurden und die Arbeiter entsprechend geschult worden sind. In einem anderen Betrieb haben die Arbeiter ihrer Entschlossenheit, die Produktion voranzubringen, in einem kämpferischen Slogan Ausdruck gegeben: "Bauen wir wieder auf! Produzieren wir voll weiter!" Sie haben in nur zwei Wochen alle Bombenkrater wieder zugeschüttet und zehn Fabrikhallen wieder in Betrieb genommen. Die Fabrik beliefert bereits wieder die Landwirtschaft mit Maschinen.

Dank den Anstrengungen der Arbeiter ist der Produktionsplan für das erste Drittel des Jahres erfüllt und teilweise sogar übererfüllt worden.

Ähnlich gross ist die Begeisterung der Bevölkerung auf dem Land. Hier hatte in der letzten Zeit die Bewegung zum Wiederaufbau der Deiche besonders grosse Bedeutung. Über 150 000 Menschen halfen an den verschiedenen Orten. So arbeiten in Hanoi Funktionäre und andere Menschen Tag und Nacht, um die zerstörten Deiche vor dem Einbruch des Hochwassers zu reparieren.

Diese ungeheure Aufbauarbeit in der DRV kann nur deshalb mit solch grossen Erfolgen voranschreiten, weil die Partei der Werktätigen Vietnams und die Regierung der DRV sich voll auf die Massen und auf ihre Initiative stützen.

'Venceremos!'

Berichte aus A.P.E.P.-Informationsbulletin der FRAP (antifaschistisch-revolutionäre-patriotische Front Spaniens). Ausgabe Nr. 21. und 22 in deutscher Sprache:

'Am Sonntag, den 11.Februar, organisierte das Komitee-pro-FRAP von Madrid eine Demonstration zur Unterstützung des heldenhaften vietnamesischen Volkes und des Kampfes gegen den Yankee-Imperialismus, Feind aller Völker der Welt.

Zur vorgesehenen Stunde versammelten sich mehr als 2000 Personen auf dem Markt Marques de Vianca (Bravo Murillo) von Madrid. Sie schwangen Fahnen der FRAP und trugen Spruchbänder mit Losungen zum Inhalt der Aktion. **Im Augenblick, als die Demonstranten sich in Bewegung setzten, eröffnete ein Polizeiwagen ohne Vorwarnung wie wild das Feuer auf die Teilnehmer der Demonstration.**

Der verbrecherische Feuerüberfall verursachte fünf Verletzte, darunter einer schwer (ein Jugendlicher, der von mehreren Schüssen in Magen und Schulter getroffen wurde). Die Demonstranten setzten sich mit Steinen, Stöcken und verschiedenen Gegenständen, die sie fanden, zur Wehr. Es gelang ihnen den Polizeiwagen in Brand zu setzen. Die Bevölkerung des Stadtteils, die zugegen war, stellte sich auf die Seite der Demonstranten und machte Front gegen die Folterknechte der Diktatur, in dem sie rief: 'Mörder!' Von sich aus nahmen Bewohner des Viertels mehrere Demonstranten bei sich auf und schützten sie vor der Polizei.

Wir erheben Klage wegen dieses neuen Verbrechens der faschistischen Diktatur. Die faschistische spanische Presse meldete nur kurz, es habe 'Zwischenfälle' gegeben und die Polizei sei gezwungen gewesen, 'in die Luft zu schiessen'...

Die faschistische Diktatur hat mehrere Spezialeinheiten aufgestellt, die eigens gegen Organisationen und Parteien gerichtet sind, die dem Koordinationskomitee pro-FRAP angehören. Sie hat ihren Söldnern Befehl erteilt auf jeder Demonstration, die von einer dieser Organisationen organisiert wird, das Feuer zu eröffnen...

Täglich entstehen neue örtliche Komitees pro-FRAP, täglich wächst der politische und moralische Einfluss unseres Koordniationskomitees. Der Gewalt der Reaktion werden wir die Gewalt des Volkes entgegenzusetzen wissen, bis das schändliche faschistische Regime des Yankee-Lakaien Franco weggefegt ist.

Wir erheben Anklage ebenfalls gegen die sich 'demokratisch' nennenden Regierungen, die im engen Bündnis mit der Franco-Diktatur gegen unser Volk stehen, wie z.B. Monsieur Pompidou, dessen diplomatischer und Polizeiapparat der Presse Anweisungen erteilte, das Komitee pro-FRAP und die dazugehörigen Organisationen weder zu erwähnen noch die von uns geführten Aktionen mit einem Wort darzustellen. (Kürzungen RM)

Madrid, Februar 1973
Koordinationskomitee pro-FRAP



Agencia de Prensa España Popular (A.P.E.P.)

Presseagentur Spanisches Volk

Bestellungen an: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheckkonto Hamburg 19 35 72 – 207



Aufruf zur Protestdemonstration gegen den brutalen faschistischen Überfall auf die Massendemonstrationen der spanischen Arbeiter, Madrid 1972.

MESSERSCHMITTHUBSCHRAUBER FÜR FRANCO

Madrid, 20. Januar – Die westdeutsche Firma Messerschmitt-Bölkow-Blohm hat der Guradia Civil zwei Hubschrauber geliefert. Diese zwei sind Teil einer Bestellung von insgesamt sechs Hubschraubern. Sie gehören zum Typ 'BO-105'. **Der Oberbefehlshaber der Guradia Civil, Generalleutnant Iniesta Cano, sagte bei der Übernahme, hier beweise sich einmal mehr die enge Einheit zwischen Spanien und Westdeutschland, die sowohl die Ideologie wie die Grossartigkeit der Waffen wie auch die industrielle Kooperation betreffe.**

Die Verfälschung der leninschen Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch die Kremlzaren

Generallinie der Völkerversklavung

Breshnew kommt und die D'K'P bietet alles auf, um ihn als grossen Friedensbringer, als Freund der Völker herauszuputzen. Der ganze Rummel läuft unter dem Schlagwort 'friedliche Koexistenz'. Was hat die Politik der sowjetischen Führer noch mit Lenins Linie zur friedlichen Koexistenz zu tun? Was steckt hinter den Angriffen der Sowjetführer auf die Aussenpolitik der VR China, die von ihnen als 'trotzkistisches Bündnis mit den Reaktionären der Welt' verleumdet wird?

GENERALLINIE SOZIALISTISCHER AUSSENPOLITIK – DIE FRIEDLICHE KOEXISTENZ?

Von Lenins Prinzipien sozialistischer Aussenpolitik haben die neuen Kremlzaren nur noch den Namen übriggelassen. Die Sowjetrevisionisten haben ihre aussenpolitische Generallinie: Zusammenarbeit mit den Imperialisten zur Aufteilung der Welt und zur Unterdrückung der Revolution und Unabhängigkeit dabei folgendermassen getarnt: Sie erklären zur Generallinie sozialistischer Aussenpolitik die 'friedliche Koexistenz'. Dabei haben sie die untergeordnete Frage der Beziehung sozialistischer Staaten zu Regierungen kapitalistischer Staaten aus der wirklichen Generallinie Leninscher Aussenpolitik herausgerissen und verabsolutiert. **Wer aber einzig die Frage nach der Zusammenarbeit mit dem Imperialismus stellt, und dabei die prinzipielle Frage des Klassenkampfes, der Revolution, des Sozialismus wegstreicht, verkehrt die friedliche Koexistenz in ihr Gegenteil, macht sie aus einer Waffe der Revolution in eine Waffe der imperialistischen Konterrevolution.**

Die Kremlherren haben erklärt, dass ihre Generallinie in der Aussenpolitik lediglich die Prinzipien der friedlichen Koexistenz seien. Bewusst ausser Acht gelassen wurde, dass die **Beziehungen zwischen sozialistischen Staaten untereinander** über den Rahmen der friedlichen Koexistenz (zwischen sozialistischen und kapitalistischen Staaten) hinausgehen. Das Prinzip der brüderlichen Zusammenarbeit zwischen sozialistischen Staaten fällt völlig ausser Betracht. Dagegen wurde mit der 'Breshnew-Doktrin' für die Staaten des Warschauer Pakts selbst die Prinzipien der friedlichen Koexistenz durch die Sozialimperialisten ausser Kraft gesetzt. Das Prinzip der Selbstbestimmung und der Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten wurde ersetzt durch das Recht auf Intervention und das Diktat der KPdSU-Bosse. Diese Politik hat ihren deutlichen Ausdruck in der militärischen Besetzung der CSSR 1968 gefunden.

GENERALLINIE: KOMPLOTT DER SUPERMÄCHTE USA UND SU

Nach den Leninschen Prinzipien sozialistischer Aussenpolitik müssen die sozialistischen Staaten die **Unterstützung der geknechteten Volksmassen und unterdrückten Nationen bei deren Kämpfen als eine internationalistische Pflicht** und wichtigsten Punkt ihrer Aussenpolitik betrachten. Eine solche Politik wird heute jedoch von der SU-Führung direkt abgelehnt. Anstatt sie zu unterstützen, betrachten die Kremlherrscher jede revolutionäre Bewegung als hinderlich für ihre Politik der Absprache mit anderen Imperialisten, insbesondere mit den USA-Imperialisten. Bezeichnend dafür sind hier folgende Äusserungen der Sowjetführer:

"Die beiden grossen Mächte der Gegenwart, die Sowjetunion und die USA haben alle anderen Staaten weit hinter sich gelassen." (Propagandabroschüre Moskaus: '30 Jahre diplomatische Beziehungen SU-USA').

"Jeder dieser beiden Grossmächte führt eine bedeutende Ländergruppe an – die Sowjetunion das sozialistische Weltsystem und die USA das kapitalistische Lager." (a.a.O.).

"Wir (die Sowjetunion und die USA) sind die mächtigsten Staaten der Welt. Wenn wir für den Frieden zusammenstehen, wird es keinen Krieg geben. Wenn es doch noch einen Besessenen gibt, der einen Krieg vom Zaun zu brechen versucht, sollte es genügen, wenn wir ihm mit dem Finger drohen, um ihn zum Schweigen zu bringen." (N.S.Chruschtschow bei einem Interview mit dem USA-Korrespondenten Salzberger).

Klar wird hier, dass die Herrn im Kreml ihre 'sozialistische' Aussenpolitik lediglich auf die Zusammenarbeit mit den USA zur Beherrschung der Welt ausrichten, sie alleine auf die 'friedliche' Koexistenz mit dem Imperialismus reduzieren, dass ihre Politik nichts anderes bezweckt, als die Aufteilung der Welt zwischen den beiden Supermächten.

Jedem anderen Staat auf der Welt soll das Recht genommen werden, sein Schicksal selbst zu bestimmen. Die Frage Krieg oder Frieden soll nur noch von einigen grossen' Männern der USA und der SU entschieden werden und nicht mehr vom Befreiungskampf der Völker und dem Sieg des Sozialismus. Das wird als sozialistische Politik verkauft: Die Politik des Friedens mit dem Imperialismus. Den Völkern der Welt wird mit dem Finger gedroht diesen Frieden nicht durch einen antiimperialistischen Befreiungskrieg zu stören. Hinter der friedlichen Koexistenz' der SU-Führer verbirgt sich nichts anderes als die Politik der Zusammenarbeit der beiden Supermächte USA-Imperialismus und SU-Sozialimperialismus mit dem Zweck der Beherrschung der Welt gegen die um ihre Befreiung kämpfender Völker.

IMPERIALISTEN BLEIBEN AGGRESSIV!

Die Leninsche Politik der friedlichen Koexistenz besagt jedoch ganz klar, dass sie nur im Kampf gegen den Imperialismus und die Reaktionäre verwirklicht werden kann. Diese Politik der friedlichen Koexistenz geht davon aus, dass der Imperialismus sein kriegerisches Wesen niemals aufgeben wird.

Die Führer der KPdSU dagegen behaupten, heute würden sich die 'vernünftigen' Kräfte des Imperialismus durchsetzen. Kennedy wird als Musterbeispiel dafür gefeiert. Kennedy aber war es, der mit der Aggression auf Kuba die Gefahr eines Weltkrieges heraufbeschwor. Kennedy war es, der die US-Aggression gegen Vietnam erst voll ins Rollen brachte. Die Vernunft eines Kennedy reichte wie die Vernunft eines jeden Imperialisten eben so weit, wie es darum ging, die amerikanischen Grossmachtinteressen durchzusetzen, mit der Politik der Verhandlungen als auch mit der Politik des Krieges. Wie jeder Imperialist war er ein erbitterter Feind des Sozialismus den er bis aufs Messer bekämpfte. Das beweisen die Tatsachen, das können auch die sowjetischen Sozialimperialisten nicht verwischen.

Die fünf Prinzipien der friedlichen Koexistenz wurden jedoch gerade zur Bekämpfung der imperialistischen Aggressions- und Kriegspolitik aufgestellt. Sie gehen davon aus, und die Geschichte beweist dies, dass einzelne imperialistische Staaten nur aus ihnen ungünstigen Bedingungen es nicht wagen, sich in das Abenteuer eines Krieges gegen die sozialistischen Staaten einzulassen, und deshalb zu einem Waffenstillstand, zur Annahme eines gewissen Grades der friedlichen Koexistenz gezwungen werden können.

KORREKTE LINIE DER VR CHINA

Eine wahrhafte Politik der friedlichen Koexistenz betreibt heute die VR China. Nach den Prinzipien des proletarischen Internationalismus unterstützt sie vorrangig und brüderlich die sozialistischen Staaten und die Befreiungskämpfe der Völker. Ihre Stellung zu den imperialistischen Staaten zeigt sich z.B. an den USA. Einerseits wird die Freundschaft mit der Bevölkerung der USA ständig gefestigt. Zum andern nutzt die Aussenpolitik der VR China die Krise und den Niedergang des US-Imperialismus aus, der sich in seiner Niederlage in Indochina als auch in der Verschärfung der Krise im Innern der USA selbst zeigt. Der sozialistische Staat China ergreift seine eigene Kraft und Stärke, um den US-Imperialismus zu zwingen, in seiner Politik der Aggression gegen den Sozialismus, gegen den Freiheitskampf der Völker, zurückzustecken, und schafft dadurch für die Weltrevolution günstigere Bedingungen. So war z.B. der US-Imperialismus gezwungen, die Blockade der VR China aufzugeben, die Souveränität der VR China anzuerkennen, so musste Washington den Alleinvertretungsanspruch seiner Kolonie Taiwan für ganz China fallen lassen und der VR China den ihr zustehenden Platz in der UNO zubilligen. Auch dieser Sieg der korrekten Linie der friedlichen Koexistenz nutzt die VR China weiter aus im Interesse der Revolution, der Freiheit der Völker. Fast täglich verurteilen z.B. die Delegierten der VR China auf der Tribüne der UNO die Verbrechen der Imperialisten und rufen die Völker zum Kampf auf. Immer häufiger verlassen bei den Reden der chinesischen Genossen die Delegierten der USA und der Sowjetunion gemeinsam den Saal....



Auf Initiative W. I. Lenins und der bolschewistischen Partei wurde im März 1919 in Moskau die Dritte, die Kommunistische Internationale gegründet und damit ein bedeutender Sieg des Marxismus-Leninismus über den Opportunismus in allen seinen Spielarten errungen

SOZIALIMPERIALISTEN VERSUCHEN 'BRUDERPARTEIEN' EINZUSPANNEN

Die sowjetischen Sozialimperialisten verbergen hinter ihrem Gerede von 'friedlicher Koexistenz' ihre eigene Grossmachtspolitik; gleichzeitig versuchen sie ihre Linie der 'friedlichen Koexistenz' zur Generallinie der revisionistischen Parteien in anderen Ländern zu machen. Im Interesse der Zusammenarbeit Moskaus mit anderen Imperialisten, sollen die revisionistischen Parteien in Westdeutschland, Frankreich, Italien, Spanien, Finnland usw. dazu angetrieben werden, den Kampf gegen die Bourgeoisie dieser Länder noch mehr abzuwürgen, um kein böses Blut zwischen dem Kreml und seinen Partnern aufkommen zu lassen.

Ebenso sollen die revisionistischen Parteien dieser Länder im Namen der 'friedlichen Koexistenz' in der Bevölkerung Stimmung für eine Zusammenarbeit ihrer Regierung mit den sowjetischen Sozialimperialisten erzeugen. Der Kampf der Arbeiterklasse der imperialistischen Länder gegen ihre eigene Bourgeoisie soll durch den Kampf für ein scheinbar sozialistisches Weltzentrum, die Sowjetunion, ersetzt werden.

Diese Politik findet einen deutlichen Ausdruck in der Erklärung des Parteivorstands der D'K'P anlässlich des Breshnew-Besuchs in der BRD:

"Die DKP hat durch ihren unermüdlichen Kampf ... einen hervorragenden Anteil an der Durchsetzung der friedlichen Koexistenz, an der Einleitung neuer Beziehungen zwischen der BRD und der Sowjetunion."

Und dann überschlägt sich die D'K'P in einem regelrechten Koexistenzlertum. In ihrem Aufruf zum Breshnew-Besuch schreibt die UZ:

"Wir rufen alle friedliebenden, demokratischen und <u>koexistenzbereiten Bürger</u> auf, Leonid Breshnew ... einen herzlichen Empfang zu bereiten!" (UZ Nr.18).

Die D'K'P hat sich als fleissiger Schüler Breshnewscher Leninismus-Verhonepiepelung gezeigt. Die friedliche Koexistenz ist vom Leninschen Prinzip der sozialistischen Aussenpolitik gegenüber dem Imperialismus, zur Kampfaufgabe revisionistischer Parteien im Westen, zur Jubelparole für den Breshnew-Besuch geworden. Insbesondere zeigte sich jedoch die westdeutsche Bourgeoisie erfreut über das Koexistenzlertum der D'K'P, und das gleich in zweierlei Hinsicht.

Zum einen hat ja die westdeutsche Bourgeoisie die D'K'P gerade deshalb zugelassen, weil sie die Theorie der Klassenversöhnung, der friedlichen Koexistenz gegenüber der Bourgeoisie im eigenen Land predigt. Die 'friedliche Koexistenz' wird von Bachmann und Co. ausgedehnt auf die Beziehungen zwischen den unterdrückten und den unterdrückenden Klassen. Koexistenz der Arbeiterklasse mit der Bourgeoisie – ein anderes Wort für Sozialpartnerschaft.

Zum zweiten bringt für die Bonner Ostpolitiker die D'K'P einen weiteren Vorteil: Die Politik der konterrevolutionären Zusammenarbeit von Brandt und Breshnew, die Politik der Stärkung der Bonner Revanchegelüste in der Folge dieser Zusammenarbeit, kurz, die Gefährlichkeit der Bonner Ostpolitik für das deutsche Volk und die anderen Völker Europas kann hierzulande am besten eine D'K'P verschleiern. Sie ist geeignet, der deutschen Arbeiterklasse die Machenschaften zwischen Bonn und Moskau als 'friedliche' und vom sozialistischen Geist geprägte Politik zu verkaufen, das wachsende Misstrauen zu zerstreuen.

Brandt wird durch die D'K'P zum Vertreter der 'realistischen Kreise' des westdeutschen Imperialismus. Obwohl gerade die alten Rüstungs- und Kriegsgewinnler von Mannesmann, Thyssen, Krupp usw. dick im Ostgeschäft stecken und für ihre alten Ziele Brandts Ostpolitik benutzen, versucht die D'K'P den Trick der Zweiteilung der westdeutschen Monopolbourgeoisie in einen realistischen, friedliebenden, auf Zusammenarbeit mit der Sowjetunion erpichten Teil, und in einen reaktionären, kriegstreiberischen, revanchistischen Teil. Diese letzteren lässt die D'K'P durch den Buhmann Strauss verkörpern.

Selbstverständlich gibt es innerhalb der westdeutschen Monopolbourgeoisie verschiedene Interessen, weil eben die Konkurrenz besteht; selbstverständlich entwickeln die verschiedenen politischen Vertreter der Monopolbourgeoise verschiedene Konzepte der Ostpolitik. Differenzen gibt es dabei aber nicht in der grundsätzlichen Frage: Stärkung des Machtbereichs des westdeutschen Imperialismus.

Lenin sagte: Imperialismus heisst Reaktion auf der ganzen Linie. Lenin wies die ökonomische Notwendigkeit des Imperialismus nach, immer wieder zur Neuaufteilung der Welt, letztlich mit kriegerischen Mitteln zu schreiten. Lenin zeigt, dass der Imperialismus als sterbender Kapitalismus vor keinem Mittel der Gewalt und des Terrors zurückschreckt, um seine von der revolutionären Befreiung der Arbeiterklasse und der Völker bedrohte Herrschaft zu verlängern. Staat und Parlament sind hier in Westdeutschland ein Instrument des Imperialismus, seine Vertreter heissen sowohl Brandt als auch Strauss.

Mit ihrer revisionistischen Linie der 'friedlichen Koexistenz' versucht die D'K'P den westdeutschen Imperialismus zu beschönigen, indem sie ihn teilt in einen 'fortschrittlichen', auf Koexistenz bedachten Teil, und einen reaktionären Teil. Es ist klar, dass so letztlich nichts anderes herauskommt, als die Illusion: Die Brandtpolitik nach Osten ist eben keine imperialistische Politik mehr, sondern 'realistische' Friedenspolitik. Auf die Strausspolitik treffen noch Lenins Kennzeichen des Imperialismus zu, sagt die D'K'P, aber diese Richtung ist nach Ansicht der Revisionisten ja dank der Politik der friedlichen Koexistenz der KPdSU, dank dem Übergewicht des sozialistischen Lagers am Schwinden. Kurz: Die Auseinandersetzung mit dem Imperialismus sei Sache der SU. Die Arbeiterklasse soll gut ruhn und der SU nicht störend ins Handwerk pfuschen. Dafür ist die D'K'P! Herbert Mies vom Parteivorstand der D'K'P zum Breshnew-Besuch:

"Weder die Versuche der revanchistischen und aggressiven (!) Kräfte des deutschen Imperialismus und seiner Parteien, noch die Provokation einer maoistischen Gruppe werden unsere Partei davon abhalten, alles dafür zu tun, dass die günstigen Wandlungen in der internationalen Atmosphäre nicht mehr rückgängig gemacht werden können."

In ihrem konterrevolutionären Versuch, die Wachsamkeit der deutschen Arbeiterklasse einzuschläfern, fehlt auch nicht die Hetze der Revisionisten gegen jene, die sie aufrütteln wollen. Die D'K'P steigert angesichts des Breshnew-Besuchs ihre anti-'maoistische' Hetzkampagne. Der Schlag geht dabei insbesonders gegen das sozialistische China.

Chinesische Journalisten sprachen mit Strauss. Aha, legen die D'K'P-Revisionisten los, China gemeinsam mit der Reaktion – da sieht mans mal wieder.

Sie stellen ohne mit der Wimper zu zucken die Tatsachen völlig auf den Kopf. Wer unterstützt denn auf der ganzen Welt die Kräfte der Revolution, den tatsächlichen Fortschritt: Die VR China und nicht die sowjetischen Sozialimperialisten. Die Aktionen gegen den westdeutschen Militarismus wie anlässlich des Antikriegstags in München, gegen den Thieu-Besuch in Bonn, werden von den Kremlzaren mit der gleichen Hetze bekämpft wie von der westdeutschen Bourgeoisie. Die Zusammenarbeit der Kremlzaren mit der westdeutschen Reaktion geht sogar soweit, dass sie eine gemeinsame Kampftruppe gegen die Anti-Imperialisten und Marxisten-Leninisten anlässlich des Breshnew-Besuchs aufstellen wollen (siehe S.1. Bericht der FR vom 5.5.).

Fortsetzung Seite 7

Fadenscheiniges Dementi der 'UZ'

Unter der Überschrift: Falschmeldung der FAZ zurückgewiesen, heisst es in der UZ vom 4.5.73:

Die Frankfurter Allgemeine Zeitung stellte in ihrer Ausgabe vom 26.April die Behauptung auf, die DKP fordere, die Chaoten der KPD im Verein mit der Staatsmacht zu zerschlagen, fordere den uneingeschränkten Einsatz des Verfassungsschutzes, der uniformierten Polizei und der politischen Kommissariate der zuständigen Kriminalpolizei. ... In einer Gegendarstellung weist die D'K'P darauf hin, dass sie noch niemals die Zusammenarbeit mit solchen Organen wie Verfassungsschutz und der politischen Polizei gefordert habe. Wörtlich heisst es weiter: "Wahr ist, dass die DKP den politischen Kampf gegen alle Gruppen und Gruppierungen führt, die durch ihr Treiben ... der Arbeiter- und demokratischen Bewegung schaden."

Wie zur Illustration heisst es dazu nur einige Seiten später: "In Bremen zum Beispiel sagte der DGB-Kreisvorstand ... die Demonstration ab, da sich gewerkschaftsfeindliche Gruppen unter die Gewerkschaftler gemischt hatten ... **Der Bremer DGB-Vorstand ist zurückgewichen, statt die Belegschaften der Betriebe, die Mitgliederschaft zu mobilisieren und sich offensiv mit den maoistischen Störeren auseinanderzusetzen."**

Das ist deutlich! 'Kommunisten', die ihre Glaubwürdigkeit nicht völlig verlieren wollen, können natürlich nicht so offen wie die Politiker von CDU bis SPD, wie die westdeutschen Monopolherren nach der Polizei schreien. Was nicht heisst, dass sie es nicht tun. Noch keine zwei Jahre ist es her, dass die Ortsverwaltung Duisburg der IGM mit den Stimmen der D'K'P das Verbot der Maoisten forderte. Zuletzt forderten sie in Dortmund im Januar das Verbot der Marxisten-Leninisten und der Gewerkschaftsopposition.

Zahlreich sind auch die Fälle, wo D'K'P-Führer die Polizei nicht nur gegen Marxisten-Leninisten hetzte. So wurde zum Beispiel in Leverkusen von der SDAJ-Gruppe Floh de Cologne Weyers Knüppelgarde gegen Jugendliche gehetzt, die gegen die Wucherpreise bei der Veranstaltung protestierten.

Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm, sagt ein Sprichwort. Die D'K'P kann ihre Herkunft – die Büros des Bonner Innenministeriums – nicht verleugnen.

Fortsetzung von Seite 6

Generallinie der Völkerversklavung

Die Hetze der UZ, die Hetze gegen die Aussenpolitik der VR China zeigt nur, dass nicht ein Restchen Leninismus in den Köpfen der Bachmann-Renegaten zurückgeblieben ist.

Wie einst Lenin und Stalin gibt sich heute China keinerlei Illusionen über eine angebliche Friedfertigkeit und Fortschrittlichkeit des Imperialismus hin. So stört sich die VR China auch nicht am Gebrüll des Bayuwaren Strauss, sondern sieht in ihm ganz nüchtern einen Vertreter einer bestimmten Interessenrichtung westdeutscher Grossmachtpolitik. Gerade aber die Widersprüche zwischen den Imperialisten auszunutzen, die verschiedenen Interessengruppen innerhalb des Monopolkapitals zum Vorteil des Sozialismus und der Völker auszunutzen, das ist leninistische Aussenpolitik.

Die chinesische Zeitung Renmin Ribao schreibt dazu: **"Natürlich gibt es innerhalb der amerikanischen Monopolkapitalisten verschiedene Interessengruppen zwischen denen scharfe Interessengegensätze bestehen. Aber alle sind sie Reaktionäre, und in ihrem wesentlichen Interesse der Versklavung des eigenen Volkes und anderer Völker sind sie sich einig. Obwohl die herrschenden amerikanischen Kreise häufig verschiedener Ansicht sind und Zwistigkeiten haben, welche Methode die beste ist, die Konterrevolution durchzuführen, sind sie doch ein Herz und eine Seele, wenn es gilt, ihre reaktionäre Herrschaft im Lande aufrechtzuerhalten und Aggressionen gegen alle Länder durchzuführen."**

Auf dieser korrekten Einschätzung der chinesischen Genossen über die Widersprüche zwischen den Imperialisten ist es auch zu verstehen, warum Schröder nach China fuhr, warum chinesische Journalisten mit dem reaktionären bajuwarischen Schreihals Strauss sprachen. Beide sind sie Vertreter von Monopolinteressen, die sich **zur Zeit** nicht in erster Linie auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion stützen. Genau diesen Widerspruch versucht die VR China auszunutzen, um das Komplott der SU gegen die VR China, an dem sich der BRD-Imperialismus unter der Flagge der Ostpolitik beteiligt, zu sprengen.

Zur Vorbereitung ihrer Aggression gegen die VR China verhandelt die SU mit den Imperialisten der ganzen Welt. Sie versucht einen Ring um die VR China zu schliessen, die VR China zu isolieren. In einem Fernsehinterview sagte der ehemalige Vize-Präsident der USA, Hamphrey, dass sein Gespräch mit Kossygin 'sehr freimütig und offen' gewesen sei. Er erklärte, dass "die Sowjets versuchen, rund um das kommunistische China eine Niederhaltungsmauer zu errichten"; "die Regierung der Sowjetunion macht sich wegen ihrer internationalen Beziehungen zur VR China viel mehr Sorgen als wegen jeglicher Aktion, die die USA in einem beliebigen Gebiet der Welt starten könnten." (Fernsehinterview, 16.1.66).

Die VR China nutzt in ihrem Kampf gegen einen solchen Feind, wie es der sowjetische Sozialimperialismus zur Zeit darstellt, auch all jene Kräfte des Imperialismus aus, die sich nicht direkt gegen sie wenden. Lenin hat einmal gesagt, man muss sich mit dem Teufel verbünden können, wenn es der Sache der Revolution nützt.

Nie und nimmer hat es die VR China jedoch aufgegeben, die Arbeiterklasse, die Völker, die Kommunisten in ihrem Kampf für die Befreiung und die Revolution im eigenen Land zu unterstützen. Kein Volk der ganzen Welt ist von der VR China jemals aufgefordert worden, seinen Kampf gegen den Imperialismus im Interesse der chinesischen Aussenpolitik einzustellen, wie es die sowjetischen Sozialimperialisten gerade wieder im Nahen Osten versuchen. Im Gegenteil. China unterstützt selbstlos jeden revolutionären Kampf, mit Geld, mit Gewehren und Munition, als auch mit der Waffe der Theorie des Marxismus-Leninismus und der Mao-TseTung-Ideen.

– Anzeige –

'Die neuen Führer der KPdSU bekennen sich zur Linie der sowjetisch-amerikanischen Zusammenarbeit'
'Hongqi' (Rote Fahne), 11.Febr. 1966, Neuauflage: Peking 1973
Neuauflage: Peking 1973 **0,40**

'Widerlegung der sogenannten 'Aktionseinheit' der neuen Führung der KPdSU'
(Von den Redaktionen der 'Renmin Ribao' (Volkszeitung) und der Zeitschrift 'Hongqi', 11.Nov. 1965
Neuauflage: Peking, 1973 **0,50**

Leninismus oder Sozialimperialismus'
Zum 100. Geburtstag des grossen Lenin
(s.o. 22.April 1970) **0,50**

'Historischer Sieg des Marxismus-Leninismus über den Revisionismus'
(Aus der Zeitschrift 'Ruga e Partise')
Tirana 1971 **0,50**

Bestellungen an: Gesellschaft für die Verbreitung des wissenschaftlichen Sozialismus
2 Hamburg 11, Postfach 11 16 49
Postscheckkonto Hmb. 19 35 72 – 207



ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 36 07

Zur 'KPD'/AO

(Dieser Brief wurde auch uns im Durchschlag zugesandt und hier gekürzt – RM)

An die Redaktion der Roten Fahne ('KPD')

z.H. C. Semmler **Hamburg den 22.1.73**

Lieber Christian,
...Als ein Dir aus Berliner SDS-Zeiten sowie von einem Auslandsaufenthalt bekannter Genosse, möchte ich Dich an ein paar Fehler erinnern, die der Zwang der Apologie (Beschönigung von Fehlern) Eurer Organisation anscheinend aus Deinem Gedächtnis getilgt hat.

Du hast mir seinerzeit die Gründe erläutert, warum Du und die Berliner Gruppe, die wenig später die KPD/AO gründeten, sich nicht der KPD/ML anschliessen könnten. Du nanntest dafür:

1. Es gäbe keinen Sozialimperialismus als 'gesellschaftliches System', die ökonomische Basis der UdSSR sei sozialistisch, es gäbe lediglich Züge einer imperialistischen Aussenpolitik. Deshalb sei die Linie der KPD/ML 'Kampf dem US-Imperialismus und dem sowjetischen Sozialimperialismus) falsch;
2. Die DDR sei der 'einzig intakte sozialistische Staat' im revisionistischen Lager. Deshalb sei die Linie der KPD/ML (Notwendigkeit der proletarischen Revolution in beiden deutschen Staaten) falsch.

Ansonsten meintest Du, die Vorwürfe und Verleumdungen gegen die Parteigründung (KPD/ML), wie sie von dem damaligen KAB-Spalter und heutigen KB-Nord-Führer K'M. in einem Rundschreiben verbreitet wurden und welches ich von Dir erhielt, träfen wohl zu. Weiter hast Du auf Fragen von ausländischen Genossen zu Tonband-Protokoll gegeben, dass diejenigen kommunistischen Organisationen, die 'etwas taugten', die französische Ligue (also der Trotzkisten-Haufen der IV Internationale) und die italienische Unione seien, zu denen Du und Deine Gruppe freundschaftliche Beziehungen entwickelt hätten. In Deutschland müsse jetzt eine ähnliche Organisation geschaffen werden, ein Kommunistischer Bund, oder etwas ähnliches..

...Das wäre alles völlig unwichtig und keinen Fetzen Papier wert, wenn Du nicht als Redakteur Eures ZOs (Zentralorgans) seit zwei Jahren verantwortlich zeichnen würdest für die impertinent-lügnerischen Tiraden gegen die KPD/ML. Wird nicht von Euch die Existenzberechtigung Eurer Organisation mit der 'völligen Haltlosigkeit der KPD/ML' begründet?...

Tatsachen sind zäh und Tatsache ist, dass Ihr Euren Einstand in der marxistisch-leninistischen Bewegung als waschechte Zentristen gegeben habt, dass Ihr einen 'dritten Weg' zwischen der KPD/ML und dem modernen Revisionismus gesucht habt, den Weg der Aussöhnung der antagonistischen Widersprüche zwischen dem modernen Revisionismus und dem Marxismus-Leninismus. Ihr habt Eure Ablehnung der von den chinesischen und albanischen Genossen verteidigten und weiterentwickelten Generallinie der kommunistischen Weltbewegung, auf deren festem Grund die KPD/ML gegründet wurde, getarnt, in dem Ihr Eure wirklichen Positionen hinter denen der koreanischen Genossen versteckt habt.

Inzwischen habt Ihr in einer Reihe von Punkten, vorweg in der Frage des Sozialimperialismus und jüngst auch in der Frage des Kampfes für die nationale Einheit Eure zentristische Linie aufgegeben und die Linie der KPD/ML übernommen. Dafür werdet Ihr von den Opportunisten als Sektierer angegriffen, wie einst die KPD/ML von Euch. Das spricht für Euch, das ist ein Schritt vorwärts zur Einheit.

Aber nabt Ihr irgendwo auch nur einen Funken Selbstkritik geleistet? Hat die Aufgabe Eurer zentristischen Position dazu geführt, die Existenzgrundlagen Eurer Organisation zu überprüfen? Nichts davon! Ganz im Gegenteil!...

Rotfront
H., Sympathisant der KPD/ML

PS: Ich fordere Dich auf, diesen Brief in der Roten Fahne abzudrucken und zu den wesentlichen Punkten Stellung zu nehmen.

* *

RM-Redaktion: Zur KPD/AO müssen wir gerade heute folgendes feststellen: Heute, wo die Verfolgungsmassnahmen der Bourgeoisie gegen die Marxisten-Leninisten sich rasch zuspitzen ist in zweierlei Hinsicht der Kampf zu verstärken: Zum einen können die Genossen der ebenfalls verfolgten und vom Verbot bedrohten 'KPD'/AO der Solidarität unserer Partei und der konkreten Zusammenarbeit gegen den Klassenfeind sicher sein. Wir meinen ausdrücklich, dass jetzt der Kampf um die einheitliche Aktion und um die Einheit in der KPD/ML verstärkt geführt werden muss. Darum ist hier auch die zweite Aufgabe, den ideologischen Kampf gegen die opportunistischen Grundlagen des Spaltertums der 'KPD'/AO zu führen.

Trotz Demonstrationsverbot in NRW, trotz Angriffen der Bourgeoisie in anderen Städten auf den Roten 1.Mai, hat die 'KPD'/AO-Führung in den meisten Fällen unser Angebot zur Aktionseinheit ausgeschlagen, so wie es J.H. bereits vorher angekündigt hat. Dennoch kam es wie in Westberlin wenigstens zu einer gemeinsamen Demonstrationsroute. Das Spaltertum der 'KPD'/AO am 1.Mai, dem Tag der revolutionären Einheit der Arbeiterklasse, hat dennoch unserer Sache sehr geschadet.

Ebenso zeigte sich in Bonn wie in Dortmund, dass die Weigerung der KPD'/AO-Führer, Aktionen mit unserer Leitung abzusprechen, die Genossen und die Aktionen unverantwortlich leicht gefährdeten.

Ferner stellen wir gerade auch bei der Gruppe 'KPD' fest, dass die Führung jedes Zeichen der Solidarität mit den angeklagten Genossen unserer Partei vermissen lässt. Ein Vorgehen, dass die Klassenjustiz nur in ihrem Terror ermuntern kann.

Wir sehen die opportunistischen Grundlagen gerade bei der gegenwärtigen Politik:

Rechtsopportunistisches Zurückweichen vor dem Klassenfeind, Verharmlosende Einschätzung der Faschisierung.

So kritisierten 'KPD'/AO Genossen unsere Partei in NRW, weil sie am Freitag vor dem 1.Mai Plakate klebte: 'Trotz Verbot – Heraus zum 1.Mai' Das wurde als die 'übliche sektiererische Politik der KPD/ML' bezeichnet, die – wie es einmal in der Roten Fahne stand – 'dem Verbot entgegenfiebere'. Stattdessen fielen die 'KPD'/AO-Genossen auf das Gerücht über die angebliche Zulassung der Demonstration herein und verkündeten das als 'Sieg der KPD-Massenagitation', als Niederlage der Bourgeoisie. Die Demonstration wurde selbstverständlich verboten.

Zurückweichen zeigt sich auch in Rechtfertigungen gegenüber der Bourgeoisie wie in der Roten Fahne Nr. 17: Auf den Vorwurf des Spiegels', die 'KPD' habe an der kämpferischen Antikriegstagsdemonstration 1972 in München teilgenommen, entgegenete die Rote Fahne: 'Wie jeder ... wissen müsste, beteiligte sich die KPD an der Demonstration des Nationalen Vietnam Komitees ... einer Demonstration ... die ohne jede Konfrontation verlief. In Frankfurt beteiligte sich die KPD-Sympathisantengruppe mit einem Block von 250 Menschen (?) an mehreren Demonstrationen, die zum Teil (?!) von Polizei überfallen wurden...'

Die Genossen der 'KPD'/AO befinden sich in einer grossen Illusion, wenn sie glauben durch weitere Distanzierung von revolutionären Aktionen, vom Marxismus-Leninismus, die Verfolgungen der Bourgeoisie zu mildern, das Verbot verzögern zu können. Im Gegenteil! Die Bourgeoisie wird umso frecher, je mehr sie Schwächen, Verwirrung und Spaltung in den Reihen der revolutionären Organisationen bemerkt.

Der Breshnew-Besuch verlangt eine klare Antwort der Marxisten-Leninisten. Hier wird sich in der marxistisch-leninistischen Bewegung die opportunistische Spreu vom revolutionären Weizen trennen. Beim Breshnew-Besuch ist nicht nur die ideologische Klarheit gegenüber dem Revisionismus, als der Ideologie der Todfeinde der Arbeiterbewegung, notwendig, sondern notwendig ist auch der organisierte Zusammenschluss gegenüber den zu erwartenden hektischen Reaktionen der Bourgeoisie, einschliesslich der D'K'P. Darum: Aktionseinheit zum Empfang des Kremizaren!

Die Wahrheit unter Strafe

In Kempten bekommt ein Genosse einen Strafbefehl über 300DM" Der Grund: Er hatte ein Flugblatt verteilt, in dem der Taschentuchfabrikant Walter 'Ausbeuter' genannt wird.

Das Amtsgericht Betzdorf verurteilt den Genossen W.H. aus Siegen zu 900DM Geldstrafe ersatzweise 90Tage Haft. W.H., ein 63-jähriger Rentner hatte in der Zeitung eines marxistisch-leninistischen Zirkels den Vorsitzenden des 'Verteidigungsausschusses', SPD-MdB Hermann Schmidt, einen 'Weltenbummler auf Kosten des Volkes' genannt. Er wies auf dessen Aufsichtsratsposten hin und auf seine Reisen in faschistische Staaten.

Für die Frage: "Übt sich die Betzdorfer Polizei in Gestapomethoden?" wurde Genosse W.H. zu 600 DM Geldstrafe, ersatzweise 60 Tage Haft verurteilt.

2 Genossen trugen auf einer Demonstration in München ein Transparent mit der Aufschrift: "Grenzschutz, Werkschutz, Bundeswehr – Schutzstaffel der Kapitalistenklasse". Die politische Abteilung der Münchner Staatsanwaltschaft zerrt sie deswegen am 17.Mai vor Gericht.

DEMONTSRATIONSVERBOT AUCH IN BIELEFELD!

Fortsetzung von Seite 1

die Rechte der Bielefelder Arbeiterjugend. Bereits am 7.4. fand eine Demonstration statt, an der sich 700–800 Jugendliche Bielefelds beteiligten (wir schrieben im RM irrtümlich '250' Jugendliche). Die Herausgabe einer eigenen Zeitung des Aktionskomitees die Sammlung von über 100 Unterschriften, die Propagierung des Kampfes in die Betriebe und Schulen hinein – all das brachte die Staatsgewalt ins Rotieren. Polizei- und Pressemeldungen: Die Hausbesetzer sind von überall angereiste 'Politrocker', zerplatzten als Lügen, als die Polizei nach fünf Tagen Hausbesetzung 144 Jugendliche festnahm: alle waren Jugendliche aus Bielefeld und Umgebung. **Die Solidarität mit den Jugendlichen, die keine Minute lang aufhörten, die Bevölkerung zu informieren, wuchs weiter. Die Staatsgewalt wusste sich nur noch mit nacktem Terror zu helfen.**

Von Anfang an unterstützten, organisierten und führten Genossen unserer Partei und der Roten Garde den Kampf. Jetzt sah die Bourgeoisie ihre Chance nur noch darin, mit antikommunistischer Hetze und Terror die Front zu spalten, die Solidaritätsbewegung zu stoppen. So heisst es im Polizeiaufruf an die Bevölkerung Bielefelds:

"Es steht fest, dass eine Anzahl der Hausbesetzer Mitglieder der KPD/ML sind, die sich auch durch entsprechende Erklärungen zu den verfassungsfeindlichen Zielen dieser Partei bekannt haben. Bei einem Teilnehmer der Hausbesetzung in Bielefeld-Brackwede, der das o.a. Flugblatt mitverteilt hat, wurden bei einer am heutigen Tag durchgeführten Hausdurchsuchung, eine Pistole vier Gewehre, ein Karabiner, sowie Munition beschlagnahmt. Der Festgenommene ist Mitglied der KPD/ML. Aus dem Besitz der Waffen und der zutage getretenen Einstellung, muss auf die Bereitschaft der Gewaltanwendung mittels Schusswaffen geschlossen werden."

Überflüssig zu sagen, dass dieser Besitzer eines Waffenlagers weder KPD/ML-Genosse ist noch überhaupt existiert. Mit einer solchen Lügenpropaganda erreicht der Versuch von Polizei, Klassenjustiz und Presse, die KPD/ML als 'kriminelle Bande' oder 'Anarchisten-Gruppe' zu diffamieren, einen neuen Höhepunkt. Bereits Ende letzten Jahres musste ein mit Chemikalien experimentierender Schüler herhalten, als 'bombenlegender Rotgardist'. Verhaftungen, Bespitzlungen unserer Genossen, Rausschmisse fortschrittlicher Lehrlinge und Schüler aus Betrieben und Schulen folgten. Aber die revolutionäre Bewegung in Bielefeld kämpfte ununterbrochen weiter, organisierte Solidarität gegenüber den Angriffen des Klassenfeindes.

Eine Protestdemonstration der Bielefelder Jugendlichen gegen die zunehmende politische Verfolgung und das Demonstrationsverbot zum Roten 1.Mai in Dortmund wurde verboten. Zubringerbusse nach Dortmund wurden am 1.Mai von der Polizei aufgelauert und beschlagnahmt Das Verbot der Partei und anderer revolutionärer Organisationen wird beschleunigt in Angriff genommen: "Die Bielefelder Polizei hat inzwischen eine Vielzahl von Flugblättern die im Rahmen der Hausbesetzung verteilt wurden, gesammelt und sie dem Innenministerium zugeleitet, "weil sie Aufrufe enthalten, die mit unserer Verfassung nicht mehr zu vereinbaren sind." Da werde – so erklärte der Polizeidirektor – die Diktatur des Proletariats ebenso gefordert, wie der gewaltsame Umsturz. Deshalb habe die Polizeidirektion bereits bei der Staatsanwaltschaft Dortmund Anzeige erstattet." (Neue Westfälische, 26.4.).

Unterdrückung der revolutionären Bewegung, Verbot der kommunistischen Presse und Propaganda, Verbot der revolutionären Partei, das ist die Hoffnung der Bourgeoisie. In Bielefeld wie beim Prozess gegen die Genossen Osswald und Schulte in Bochum, wegen 'Rädelsführerschaft in einer kriminellen Vereinigung', wie beim Prozess gegen den Vorsitzenden unserer Partei, Genossen Ernst Aust.

Dieser Prozess findet am 29. dieses Monats statt. In einer Aktionswoche gegen die politische Verfolgung und den Prozess gegen Genossen Ernst Aust, werden in allen grösseren Städten der Bundesrepublik und in Westberlin Veranstaltungen stattfinden, auf denen Genosse Ernst sowie angeklagte Teilnehmer des Roten Antikriegstags sprechen werden. Die Demonstration anlässlich des Prozessbeginns von Genossen Ernst Aust findet statt in:

Hamburg, Bahnhof Bambeck, 1900 Uhr

GESELLSCHAFT FÜR VERSTÄNDIGUNG UND FREUNDSCHAFT MIT CHINA

Gründung wird vorbereitet

Am 31.März trat in Göttingen ein Gründungsausschuss für eine Gesellschaft für Verständigung und Freundschaft mit China zusammen. Bei einem Treffen am 17. und 18.3. haben sich Vertreter von Gruppen für deutsch-chinesische Freundschaft aus dem gesamten Bundesgebiet über die Ziele und Aufgaben einer solchen Gesellschaft geeinigt.

In einem veröffentlichten Kommunique heisst es dazu:

"Das cinesische Volk – ein Viertel der Erdbevölkerung – hat bedeutende Beiträge zum Fortschritt der Menschheit geleistet. Es wurde lange Zeit unterdrückt und ausgebeutet durch imperialistische Mächte, zu denen auch das Deutsche Reich gehörte. Dagegen erhob sich im deutschen Volk Widerstand, der zum Beispiel in den zwanziger Jahren die Form der Bewegung 'Hände weg von China' annahm. An diese und andere Traditionen der Freundschaft zu chinesischen Volk knüpfen die versammelten Gruppen ... an

Die zu gründende Gesellschaft soll die vom Antikommunismus geprägten Vorstellungen über die Volksrepublik China durch eine verständnisfördernde Informationsarbeit überwinden helfen. Sie soll eine breite Bewegung der Unterstützung für das sozialistische China schaffen, die namentlich im Falle einer imperialistischen Aggression China zu helfen vermag. Um möglichst weite Kreise der Bevölkerung zu erreichen, muss in der Gesellschaft Platz sein sowohl für jene, die ihre uneingeschränkte Sympathie für die chinesische Politik und Weltanschauung äussern, als auch für jene, die ihr kritisch gegenüberstehen, aber einig sind in dem Ziel, die Politik der Feindschaft gegenüber China zu überwinden...

Alle Freunde Chinas sind aufgefordert an der Gründung dieser Gesellschaft für Verständigung und Freundschaft mit China mitzuwirken."



Angesichts der wachsenden Gefahr eines imperialistischen Interventionskrieges gegen die Sowjetunion und der beschleunigten Aufrüstung des deutschen Imperialismus mobilisierte die Partei 1927/28 breite Teile der Arbeiterklasse und der anderen Werktätigen zum Kampf für den Frieden und die Verteidigung der Sowjetunion sowie zur Verteidigung der chinesischen Revolution

Kontaktadresse:

Krankenhäuser im Zeichen der Militarisierung

BERICHT EINER GENOSSIN:

Ich bin Krankenschwester in einem staatlichen Krankenhaus in Hamburg. Vor einiger Zeit war bei uns ein Herr von der Gesundheitsbehörde, der einen Vortrag hielt über 'unsere Aufgaben in Katastrophenfällen und bei der zivilen Verteidigung. Darüber möchte ich euch einige Informationen geben, weil sie nur zu deutlich zeigen, dass Kriegsvorbereitungen und Militarisierung auf allen Gebieten zugenommen haben.

In der Hamburger Behörde für Inneres gibt es einen ständigen Katastrophenstab mit direkter Verbindung nach Bonn. Es gibt dort ein vollkommen eingerichtetes Rundfunk- und Fernsehstudio dass innerhalb von ½Minute die Sendungen übernehmen kann, durch einfache Umschaltung.

Die BRD ist in 10 Warngebiete eingeteilt, jedes Warngebiet wieder in einzelne Warnstellen. Der 'Notfall' ist total durchorganisiert. Das sieht in unserem Bereich)Krankenhaus und Gesundheitswesen) so aus:

In Westdeutschland gibt es 13 unterirdische Krankenhäuser, 68 sind im Bau oder geplant (ein erweitertes Sofortprogramm, dass von der SPD/FDP-Regierung verabschiedet worden ist. Ausserdem gibt es bereits 126 Notkrankenhäuser, die oberhalb des Erdbodens liegen und nur durch dicke Mauern geschützt sind. Viele dieser Notkrankenhäuser werden als Schulen oder Kasernen benutzt, oder als 'Haus der offenen Tür oder Gemeinschaftshäuser. Meistenz weiss die Bevölkerung gar nicht, dass die Gebäude in Wahrheit fix und fertig eingerichtete Lazarette sind, in denen alles drin ist vom Notstromaggregat, eigenem Brunnen bis hin zum Krankenbett, Operationssaal, und Verbandszeug.

Nun könnte man ja eigentlich denken, das ist eine gute Sache, denn Kathastrophen wie Warenhausbrände oder Flugzeugabstürze können ja mal passieren und dann hat man eine Ausweichmöglichkeit.

Die Wirklichkeit sieht aber anders aus. Für die 'normalen' Kathastrophen gibt es einen ganz anderen Plan, der die Bettenkapazität z.B. in Hamburg um fast 10 000 erweitert. Die Notkrankenhäuser sind für viel grössere Zahlen von Verletzten geplant.

Für die Krankenschwestern und das Krankenhauspersonal gibt es das Arbeitssicherstellungsgesetz, dass alle Tarifvereinbarungen u.ä. ausser Kraft setzt und Ausgangssperre und Einzug aller Krankenschwestern und vor allem auch Helferinnen des 28-Tage-Kurses vom Roten Kreuz bedeutet.

Das 'erweiterte Sofortprogramm' der Regierung sieht vor, dass **jedes** staatliche Krankenhaus ein 'Notkrankenhaus' zugeordnet kriegt, überall werden Schulen und andere öffentliche Gebäude umgebaut.

All diese Pläne, und auch die bereits entstandenen Einrichtungen, werden wohlweislich von der bürgerlichen Presse nicht verbreitet.

"Wir haben gar keine Hemmungen, das Arbeitssicherstellungsgesetz anzuwenden, besonders wenn der Befehl aus Bonn kommt, das sage ich ihnen ganz ehrlich. Sie wollen doch helfen, wenn Menschen in Not sind, das ist doch ihr Beruf." – "Ich hatte gerade gestern einen Lehrgang bei der Führungsakademie der Bundeswehr." – "Sehen Sie z.B. Israel – das ist so ein fleissiges Volk, das hat so eine schöne Kultur, das ist ein sehr friedliches Land. Und es wird von überall her bedroht. Auch Israel will keinen Krieg, aber es muss sich ja verteidigen."

Genossen! Ich glaube, ein Kommentar erübrigt sich. Kämpfen wir gegen diese faschistischen Kriegstreiber! Reissen wir ihnen ihre Friedensmaske runter! Vorwärts mit der KPD/ML !

Wieslocher Schüler kämpfen weiter!

Im Prozess gegen die beiden Wieslocher Rotgardisten, die vor Gericht gezerrt worden waren, weil sie das Extrablatt des Roten Morgen: Die Mörder sitzen in Bonn, verteilt haben, ist das Urteil gesprochen worden.

Obwohl im Prozess noch nicht einmal der Beweis erbracht werden konnte, dass die beiden Schüler das Flugblatt überhaupt verteilt hatten, ging der Richter noch über den Antrag des Staatsanwaltes hinaus und verurteilte sie zu je 50Stunden Arbeitsdienst in der Unfallchirugie Heidelberg und zum Tragen der gesamten Prozesskosten, die nach ersten Schätzungen mehrere tausend Mark betragen dürften.

Die Rotgardisten haben es der Bourgeoisie nicht leicht gemacht. Sie führten einen entschlossenen Kampf darum, eine schnelle und heimliche Verurteilung zu verhindern. Um zu erreichen, dass die Schüler ihrer Schule an der Gerichtsverhandlung teilnehmen konnten, waren Flugblätter erschienen, hatten sich die beiden Angeklagten eine zeitlang vor der Bourgeoisie verborgen. Das war gleichzeitig ein Protest gegen einen Richter, der schon vor dem Prozess erklärt hatte, dass für ihn die 'Schuld' der Angeklagten feststehe.

Der Richter stellte daraufhin Haftbefehl aus. Aber erst nach einigen Wochen gelang es seinen Bütteln, einen der Genossen festzunehmen. Am Tage darauf stellte sich auch der andere Genosse. Beide kamen ins Untersuchungsgefängnis wo sie 10 Tage bis zum neuen Prozesstermin festgehalten wurden. Doch gerade angesichts der Bedrohungen der Bourgeoisie wuchs die Solidarität. So fand zwei Tage vor dem Prozess eine Demonstration statt unter den Losungen: Sofortige Freilassung von G. Sandritter und T. Rasche und Für freie politische Betätigung in Ausbildung und Beruf.

Und der Kampf für freie Politische Betätigung geht jetzt an der Schule weiter. Zwei Tage nach dem Prozess erhielt ein Schüler einen Verweis, weil er eine Wandzeitung aufgehängt hatte, die zur Teilnahme an der Demonstration aufrief. Die Schüler starteten daraufhin eine Kampagne Freies Plakatieren an der Schule und Unzensiertes Schwarzes Brett. Eine Klasse verfasste eine Resolution. An einem Vormittag wurden gemeinsam Wandzeitungen für diese Forderungen aufgehängt, die auch bis mittags hängen blieben.

Das Schulamt will jetzt auch gegen den 'Herd der Unruhe', einen der beiden Rotgardisten vorgehen: er soll von der Schule verwiesen werden und ausserdem noch ein Verfahren wegen Beleidigung des Schulleiters bekommen